

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Aberglauben“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 18. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 375 36 - Bankkontos: Direktion der Postkontos-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Koppreise...
Die einseitige Koppreise...
Die einseitige Koppreise...

Anzeigen für die nächste Nummer...
Anzeigen für die nächste Nummer...

Der Standpunkt der Londoner City.

Erst Sanktionsaufhebung - dann Anleihe!

London, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Kommission, die sich mit der Feststellung deutscher Verfehlungen befaßt, hat bereits eine wichtige Entscheidung ergeben. Der amerikanische Beobachter, Oberst Logan, erklärte im Namen der amerikanischen Regierung deren Bereitwilligkeit, in denjenigen Fällen mitzuwirken, wo die Reparationskommission über deutsche Verfehlungen zu entscheiden hat. Die Tatsache, daß der Vertreter Amerikas jedoch nicht im juristischen Sinne Mitglied der Reparationskommission sein wird, beeinträchtigt nicht die Bedeutung dieser Entscheidung. Die amerikanische Regierung kann ohne Zustimmung des Kongresses, der jetzt in Jerico ist, keine Ernennung für eine solche Funktion vornehmen. Das Komitee hat auf Grund der amerikanischen Erklärung den Beschluß gefaßt, den Haager Schiedsgerichtshof zu ersuchen, einen amerikanischen Staatsbürger hierfür zu ernennen. Die französischen Delegierten gaben diesem Vorschlag ihre Zustimmung. Der Komitteeschluß muß noch von der Vollziehung der Konferenz bestätigt werden. Das ist jedoch lediglich eine Formalität.

Die amerikanische Erklärung hat die Atmosphäre entschieden günstig beeinflusst. Allerdings wird die praktische Wirkung möglicherweise illusorisch gemacht werden, denn die City lehnt auch nach einer derartigen Hinzuziehung eines Amerikaners zur Reparationskommission die Aufnahme der deutschen Anleihe ab, weil sie auf diese Weise die Interessen der Gläubiger an der Sicherheit des deutschen Wirtschaftslebens nicht für genügend gewährleistet erachtet. Ueberhaupt ist die Anleihe an Deutschland durch den vorgelegten Beschluß der Reparationskommission in Frage gestellt, und zwar durch die Bedingungen, die die Reparationskommission als Voraussetzung der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen aufgestellt hat. In Citykreisen wird einmütig erklärt, daß unter solchen Bedingungen die Anleihe unmöglich ist, da im Gegensatz zum Beschluß der Reparationskommission die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit durch Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen die Voraussetzung für die Zeichnung der deutschen Anleihe ist. Die Lösung dieser Frage im zweiten Komitee der Konferenz braucht viel Zeit und es ist vorläufig nicht abzusehen, wie zwischen den politischen Forderungen der Reparationskommission und den wirtschaftlichen Forderungen der zukünftigen Zeichner der deutschen Anleihe eine Brücke möglich sein wird.

Die Räumungsfrage.

London, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die zweite Kommission der Londoner Konferenz soll sich u. a. mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beschäftigen. Die französische Regierung hat zu dieser Frage angelehnt ein Memorandum ausgearbeitet, das der Konferenz bereits vorgelegt wurde. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt über den Inhalt dieses Memorandums u. a. mit, daß Frankreich die Räumung in zwei oder drei Etappen beabsichtigt. Die erste Etappe der Räumung soll erfolgen, nachdem der Reichstag die notwendigen Gesetze verabschiedet hat. Die nächste Etappe soll einsetzen, sobald die neuen Körperschaften und Kontrollen, wie sie das Sachverständigengutachten vorschlägt, errichtet sind.

8-10 Tage Konferenzdauer.

London, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reutersmeldung, die am Donnerstag nach Beginn der Ausschüßsitzungen ausgegeben wurde, besagt, daß die Konferenz wahrscheinlich nicht länger als eine Woche oder 10 Tage dauern würde. Die Hauptdelegierten seien mit den bisherigen Leistungen der Kommissionen durchaus zufrieden. An der nächsten Plenarsitzung sollen auch Vertreter der Dominien teilnehmen.

Die Arbeit der Interalliierten Konferenz ist am Donnerstag nachmittag in zwei von den drei Kommissionen fortgesetzt worden. Das erste Komitee trat im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers Snowden zusammen. Die dritte Kommission tagte unter dem Vorsitz von Sir Robert Androsky. Die zweite Kommission wird sich erst am Freitag früh wieder unter der Präsidenschaft des britischen Kolonialministers Thomas ver sammeln. Reuters erklärt, daß alle Komitees, die am Donnerstag tagten, „gute Fortschritte“ gemacht haben. An den Sitzungen nahm ein Teil der Hauptdelegierten teil, deren Beteiligung an den Beratungen die Arbeit der nächsten Plenarsitzung wesentlich vorbereiten und erleichtern soll.

Der englische Ministerpräsident gab ein Bankett, an dem sämtliche Delegierten teilnahmen.

Vorschafter Broughton auf der Rückreise.

London, 17. Juli. (S.A.S.) Der amerikanische Botschafter in Berlin, Broughton, ist auf seiner Rückreise von Amerika, wo er sich neun Tage aufgehalten, und mit Coolidge und Hughes Beratungen gehabt hat, in Plymouth eingetroffen. Er wird einige Tage in London bleiben, bevor er nach Berlin weiterreist. Er äußerte, daß vom Erfolg des Dawes-Planes die wirtschaftliche Stabilität Europas und vielleicht der ganzen Welt abhängt.

Beruhigung in Paris.

Paris, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der ausgesprochene Optimismus in der Beurteilung der Londoner Konferenz, den am Mittwoch fast die ganze Pariser Presse an den Tag gelegt hatte, hat am Donnerstag einer weit ruhigeren Betrachtungsweise das Feld geräumt. Der bei den Londoner Begrüßungsreden von allen Seiten zum Ausdruck gebrachte Wille, zu einer Ueberbrückung der Gegensätze zu gelangen, der Freimut und die Entscheidung, mit der die Konferenz gleich am ersten Tage an die Besprechung der heikelsten Probleme herangegangen ist, hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Als ganz besonders

erfreuliches Zeichen für die Zukunft

verdient bezeichnet zu werden, daß in der französischen Hauptstadt eine realpolitische, nüchterne Einstellung zu den verschiedenen, von der Londoner Konferenz zu lösenden Fragen mehr und mehr an Boden gewinnt, und man mit den Illusionen aufzuräumen beginnt, die allen früheren interalliierten Konferenzen zum Verhängnis geworden sind. Bezeichnend dafür ist es, wenn am Donnerstag von der Mehrzahl der Pariser Blätter die amerikanische Zustimmung zu der noch in der vergangenen Woche stark bekämpften Verklärung der Reparationskommission durch einen amerikanischen Delegierten für den Fall, daß diese über deutsche Verfehlungen zu entscheiden haben wird, als

erster positiver Erfolg

der Konferenz mit großer Genugtuung aufgenommen wird. — Allerdings sind damit in dieser Frage alle Schwierigkeiten noch keineswegs überwunden. Insbesondere der als Sicherheitsventil gegen isolierte Aktionen einzelner Regierungen in Aussicht genommene Foll, wonach bei der Feststellung einer schweren deutschen Verfehlung nicht etwa im voraus festgesetzte Maßnahmen automatisch in Kraft treten, sondern die alliierten Regierungen gemeinsam über die zu treffenden Maßnahmen beschließen sollen, stößt in Paris noch immer auf starken Widerstand, der jedoch keineswegs unüberwindbar zu sein scheint. Die beiden heikelsten Punkte, die die Konferenz zu lösen haben wird, sind nach wie vor die französische Forderung nach Beibehaltung einer Kontrolle der Eisenbahnen und die Zahlungsmodalitäten. In der Frage der Eisenbahnkontrolle wird nach den Mitteilungen englischer Blätter die französische Regierung verlangen, daß ein

alliiertes Delegierter mit ausreichenden Vollmachten sich in der Direktion des rheinischen Eisenbahneetzes

erhält und mindestens ein Teil des belgisch-französischen Regierpersonals auf leitendem gegenwärtigen Posten verbleiben soll, um im Falle eines Streiks der deutschen Eisenbahnen den Betrieb selbst in die Hände nehmen zu können. Da England in dieser Frage jede Konzession abzulehnen entschlossen sein soll, wird hier eine Einigung nicht ganz leicht sein.

Französischer Zahlungsplan für Deutschland.

Paris, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Frage der Zahlungsmodalitäten entwickelt der „Temps“ am Donnerstagabend den französischen Standpunkt wie folgt: Die Frage der Barüberweisungen könne man zunächst außer acht lassen, da sie im besten Falle ausreichen, den Zinsen- und Tilgungsdienst für die Obligationen zu decken. Bei den Sachleistungen müsse man zwei verschiedene Arten unterscheiden, zunächst diejenigen, die mit Hilfe der 800-Millionen-Anleihe finanziert werden, und diejenigen, deren Zurückzahlung aus den Ergebnissen der verschiedenen Reparations-einnahmequellen zu erfolgen haben. Voraussetzung für den ersten Fall sei nicht nur der gesicherte Erfolg der 800-Millionen-Anleihe, sondern auch die Vorbereitung einer Kombination, die es Deutschland ermöglichen würde, in der Zeit vom Ende der Rückzahlung der 800-Millionen-Anleihe bis zum Eingang der ersten Beträge aus der Anleihe die Sachleistungen zu finanzieren. Für die Organisation der zweiten Gattung von Sachleistungen, die von sehr beträchtlichem Umfang sein würden, bedürfe es in erster Linie der Aufstellung eines Programms, das die Bestimmungen und deren Ausführung, die Kontrolle der Preise usw. in der Art regelt, daß dadurch keinerlei Lebensinteressen weder beim Gläubiger noch beim Schuldner verletzt würden. Der beste Weg dazu sei eine Gründung von Interessengemeinschaften für die Obligationen sei das wichtigste die Schaffung eines Marktes. Das bedeutet keineswegs, daß jeder der Gläubigerstaaten ein Recht erhalte, seine Anteile zu jedem Preise auf den Markt zu werfen, aber es müßten bestimmte Vorkehrungen getroffen werden, die die stufenweise Mobilisierung dieser Obligationen ermöglichen und diesen einen gewissen stabilen Wert garantieren. Die alliierten Regierungen hätten es dann in der Hand, mit diesen Obligationen eventuell die von ihnen selbst ausgegebenen inneren Anleihen einzulösen. Nur auf diese Weise könnten die Obligationen im Gegensatz zu denen des Londoner Zahlungsplans als effektive Zahlungsmittel angesehen werden.

Politische Orientierung. Im Unterhaus erklärte der Staatssekretär des Außenministeriums Bonington, daß die Regierung alles vorbereitet habe, um die wirtschaftlichen Differenzen wegen der Rückzahlung des Weltkriegs mit der Entscheidung zu unterbreiten. Der Lausanne-Friedensvertrag mit der Türkei sei vom englischen König ratifiziert worden.

Rückkehrerlaubnis für die bayerischen Abgeordneten. Die die Korrespondenz Hoffmann erfährt, haben nunmehr alle bisher ausgewiesenen Abgeordneten des bayerischen Landtags aus der Pfalz die Rückkehrerlaubnis erhalten, als letzter der Abgeordnete Burger.

Wo bleibt die Ratifikation?

Interpellation über das Washingtoner Abkommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

Die Haltung des Vertreters des Reichsarbeitsministers auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf ist als eine Ablehnung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag angesehen worden.

Wir fragen deshalb die Reichsregierung:

1) Ist sie bereit, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Achtstundentag aufzugeben und dem Reichstag sofort die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorzulegen?

Das soziale Ringen der Klassen in Deutschland geht um die Frage: Wer zahlt die Kriegskosten? Die Lohn- und Gehaltsempfänger hatten die Not des Krieges zu tragen, während die Besitzenden Kriegsgewinne häufen durften; das Opfer der Inflation waren wiederum Arbeiter, Angestellte, Beamte und sonstige Nichtfachwerber. Heute sollen sie auch das Opfer der Sanierung werden. Senkung des Reallohns und Verlängerung der Arbeitszeit sind als Mittel zum Zweck gewählt. Bei Aufhebung des passiven Widerstandes hatten unsere „Patrioten“ in der Schwerindustrie ihren „Lohnfeind“ General Degoutte aufgefordert, Bundesgenosse bei diesem Geschäft zu werden und den Achtstundentag im besetzten Gebiet durch militärisches Diktat zu verbieten. Dann kam der große Generalkündigungssturm im Ruhrgebiet, um die auf die Strafe gesetzten Belegschaften zur Anerkennung niedriger Löhne und verlängerter Arbeitszeit zu zwingen. Unter dem Feldgeschrei „mehr Arbeit“ wurden die Tore der Fabriken geschlossen und so die Krise künstlich verschärft, bis der Reichsarbeitsminister Brauns am 23. Dezember 1923 die hemmungslose Ausbeutung durch seine famose Arbeitszeitverordnung gekrönt hatte. Bis dahin konnten die Scharfmacher immer noch mit dem Vorwand operieren, daß die anderen Länder auch noch keinen völligen Achtstundentag zur Einführung gebracht hätten.

Das wahre Gesicht der deutschen Regierung aber zeigte sich erst gelegentlich der letzten Beratungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, als es galt, gleichzeitig und international das Bekenntnis zum achtstündigen Normalarbeitstag abzulegen. Angesichts der Haltung Frankreichs, Englands und Belgiens im Sinne einer Ratifizierung des Abkommens von Washington konnten die deutschen Vertreter nicht länger auf eine weniger soziale ausländische Konkurrenz verweisen. Nun sollte die Welt erfahren, daß das deutsche Reichsarbeitsministerium auch dann den Zehnstundentag halten will, wenn die übrigen Länder sich auf die Wahrung des Achtstundentags zu verpflichten bereit sind. Als Aufsatzt zum geplanten reaktionären Vorstoß auf der Internationalen Arbeitskonferenz erschien bereits in Nr. 12 des amtlichen Reichsarbeitsblattes am 16. Juni eine Abhandlung von Dr. Frimgard Feig über „Die Achtstundebewegung im Ausland“, deren aus der Ueberschrift wenig erschließlicher Zweck sein sollte, die deutsche Verordnung vom Dezember 1923 mit einem besonderen Glorienschein zu versehen. Die Feindschaft gegen die Anhänger des Washingtoner Abkommens war bereits deutlich sichtbar. Es gehörte schon allerlei Mut und ein reiches Maß von Ungehörigkeit dazu, mit diesem „Bericht“ den Anschein erwecken zu wollen, als wäre durch die deutsche Arbeitszeitverordnung die Ratifizierung des Abkommens von Washington überflüssig geworden. Die Verordnung vom Dezember 1923 an dieser Stelle nochmals zu erörtern, dürfte sich erübrigen. Die Arbeiter und Angestellten wissen, daß dieses „Achtstundengesetz“ inhaltlich ein Schema für unbegrenzte Ausnahmen vom Achtstundentag darstellt.

Noch weniger überzeugend aber mußten die Aeußerungen wirken, mit der dann am 25. Juni der deutsche Regierungsvertreter Lehmann in Genf die ablehnende Haltung seines Chefs zum Abkommen von Washington zu begründen suchte. Er erklärte „eine internationale Kontrolle über unsere Arbeitszeit für undiskutabel“. Die deutsche Regierung kann aber ernstlich einen internationalen Vertrag über gleiche Grundätze für die Regelung der Arbeitszeit unmöglich als einen Eingriff in Deutschlands Souveränität ansehen. Oder fühlt sich etwa die Reichsregierung schon so sehr als der Hort der sozialen Reaktion, daß sie bereits durch die Zumutung, den Achtstundentag einzuführen, verletzt werden kann.

Wenn ferner auf die deutsche Wirtschafts Lage verwiesen worden ist, so müßte die Reichsregierung Wert darauf legen, jede Gelegenheit zur Schaffung gleicher wirtschaftlicher Voraussetzungen, wie sie in internationalen sozialen Verträgen gegeben ist, zu ergreifen. Wenn Deutschland den sonderbaren Ehrgeiz hat, mit dem Zehnstundentag voranzugehen, würden selbstverständlich die Kapitalisten der anderen Länder alsbald erklären, daß auch für sie im Interesse des wirtschaftlichen Wettbewerbs eine Verlängerung der Arbeitszeit erforderlich ist. Das Ergebnis dieser Postille kann also nur verschärfte Ausbeutung der Arbeitnehmer in allen Ländern sein.

Der weitere Hinweis auf die Reparationsleistungen ist

nach weniger haltbar, denn es kann von der Reichsregierung unmöglich als die alleinige Aufgabe der Arbeiter und Angestellten erklärt werden, die Lasten aus dem Kriege zu tragen. Aber auch die sogenannten Siegerstaaten werden geltend machen können, daß sie noch unter dem zurückliegenden Kriege wirtschaftlich zu leiden haben. Auch sie müssen den Achtstundentag beseitigen!

Wenn Deutschland schon nach dem Kriege besondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen hat, dann doch vor allem den, daß Menschenökonomie getrieben werden muß, um die maßlose Zerstörung an Leben, Gesundheit, Arbeitskraft und Arbeitsfreude wieder auszugleichen. Die vom deutschen Regierungsvertreter in Genf vorgebrachten Gründe können in keiner Weise als Widerlegung für die Notwendigkeit des Achtstundentags anerkannt werden. Die Ablehnung des Washingtoner Abkommens war das einzig Positive in diesen Erklärungen. Sie widerspricht der Auffassung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, und die Sozialdemokratie macht sich auch hier zum berufenen Anwalt der schaffenden Kräfte unseres Landes, wenn sie nach dieser unverfälschten und überaus schädlichen Haltung der deutschen Regierung in Genf in einer heute bekanntgewordenen Interpellation von der Regierung Marx eine klare Antwort verlangt, ob sie das Abkommen von Washington zu ratifizieren gewillt ist oder nicht.

Die deutsche Arbeiterklasse wird sich in dem international gewordenen Kampf um den Achtstundentag eine Isolierung Deutschlands nicht gefallen lassen. Eine ungenügende oder ablehnende Antwort der Reichsregierung auf die sozialdemokratische Interpellation wird zeigen, daß unser deutsches Volk wirklich bereit ist, seine Souveränität zu schützen, auch gegenüber einer unsozialen Regierung. Hier geht es um ein Menschenrecht; versagt die Regierung, um das tote Kapital zu retten, dann wird das souveräne deutsche Volk seinen Volkswahl selbst zu treffen haben.

Eindrücke von Genf.

Abgeordneter Erkelenz über die Stellung Deutschlands.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz hat sich während der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf aufgehalten. Seine politischen Reiseindrücke ergänzen das Bild, das sich aus allen Berichten über die Wirkung ergibt, die die Haltung der deutschen Regierung in Genf hervorgerufen hat. Die „Vossische Zeitung“ berichtet über die Reiseindrücke des Abgeordneten Erkelenz:

„Dabei hatte man in Genf den Eindruck, daß sich in der Frage der Arbeitszeit eine einheitliche internationale Auffassung zu bilden beginnt. In dieser Sphäre machte die Arbeitsetzverordnung der deutschen Regierung vom Dezember v. J. einen sehr ungünstigen Eindruck. Man schloß aus ihr, daß Deutschland den Versuch machen wolle, ein Niederkonkurrieren der anderen Länder auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Die Begründung, daß Deutschland Reparationen zu zahlen habe und deshalb am Achtstundentag nicht festhalten könne, wird von den anderen Ländern durchwegs als nicht stichhaltig abgelehnt mit dem Hinweis auf das Sachverständigen Gutachten und auf die Tilgung der inneren deutschen Schulden. Vor allem aber wird abgelehnt, daß die Last der Reparationen auf die Schultern der Arbeitnehmer abgewälzt werden soll. Deutschland war auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf das einzige Land, das sich in Widerspruch zu dieser internationalen Sphäre stellte, so daß auch Vertreter auf der Konferenz in ihre Heimatländer den Eindruck mitgenommen haben dürften, daß man in Deutschland eine soziale Reaktion treibt.“

Die Reichsregierung und vor allem das Reichsarbeitsministerium verschließt sich jedoch ebensov wenig der Einsicht, daß ihre Haltung die internationale Stellung Deutschlands ungünstig beeinflussen muß.

Ricarda Huch.

Zum 60. Geburtstag am 18. Juli.

Von Otto Ernst Hesse.

Als Richard Hugo trat Ricarda Huch im Jahre 1891 in die deutsche Literatur ein. Ihr erstes großes Buch, der Roman „Erinnerungen von Ludolf Ursleu dem Jüngeren“ ist aus dem Geiste eines Mannes erzählt. Auch die Lebensskizzen „Aus der Triumphgasse“, jener Roman aus dem Exil Triests, den übrigens der Verlag Eugen Diederichs in Jena soeben neu und mit eindringlichen Zeichnungen von Wilhelm Hesse geschmückt herausgebracht hat, erscheinen als von einem Manne berichtet. Garibaldi, Wallenstein, Luther, Bakunin, Keller, Goethe, Zimmermann: es sind immer Männer, die Ricarda Huch zu künstlerischer oder philosophischer Gestaltung reizen. Und wenn man auch in ihrer Art und den beiden Büchern über die Romane das Weib erkennen kann: diese Frau ist ein männlicher Geist, der einzige Geist unter den heute schreibenden Frauen, der es wagen kann, ohne Scheu neben die produktiven Männer zu treten.

Das Schicksal hat Ricarda Huch zwischen zwei Kulturen hineingeboren. Die Niederdeutsche kam in Braunschweig zur Welt und erlebte ihre bewußten Verjahre in der Schweiz. Gottfried Keller und Conrad und Ferdinand Meyer werden die Paten ihrer wachsenden Kunst: die germanische, pantheistische Lebensliebe und die Sehnsucht nach den großen Gewaltthaten der Renaissance. In einem Drama „Eva!“ sagt das, was man Renaissance nennt; in einer ganzen Reihe von kleineren Erzählungen und in ganzen Teilen ihrer frühen Romane — „Erinnerungen von Ludolf Ursleu dem Jüngeren“, „Triumphgasse“, „Von den Königen und der Krone“ — schlägt das Vorbild Kellers durch. Bis die Dichterin, über eine Fülle von Nebenwerken und die beiden, stets Gestalt behaltenden Bücher über die deutsche Romantik hinweg, durch ein erstes privates Ehegeschick an einen Südländer gelangt, in eine prononciert italienische Epoche hineingeführt. Das Werden des italienischen Volkes packt sie. So entsteht der Torso gebliebene Garibaldi-Roman „Die Geschichten von Garibaldi“, so entsteht das Essaybuch über das „Risorgimento“, so das „Leben des Grafen Federico Confalonieri“ in den Jahren 1906 bis 1910. Das Erlebnis fremder, südländischer Geschichte scheint die Dichterin zur eigenen Geschichte hingeführt zu haben. In den Jahren 1912 bis 1914 — vor dem Weltkrieg — erscheint der Huch größter, noch in keiner Weise genug gewürdigter Werk, mehr als ein Roman, ein wirkliches Epos, „Der große Krieg in Deutschland“ in drei Bänden. Zwar hat die Epikerin weiter geschaffen, ist auch einmal, im „Fall Deruga“ ins Kritische geraten; aber seit der Katastrophe von 1914 hat sich ihr Wesen hauptsächlich in theoretisch-philosophischen Büchern ausgesprochen. Das Erlebnis des dreißigjährigen Krieges verwebt in einer Charakterstudie über Wallenstein. Doch schon vorher geht es in einem Essay um „Natur und Geist als die Wurzeln des Lebens und der Kunst“. Diese Ideen werden später verfolgt. Die Gestalt Luthers tritt in ihren Gesichtskreis. Diese

Die Völkerbundfrage.

Polnische Treibereien gegen Deutschland.

Die schon mitgeteilte Tatsache des fast einheitlichen Protestes der polnischen Presse gegen das Zureden des britischen Völkerbundesdelegierten Lord Parmoor an Deutschland, doch endlich dem Völkerbund beizutreten, verdient einige Beachtung. Das Frankreich des Infoblocks erhebt keinen Einspruch, der tschechische Außenminister Benesch hat sich wiederholt, und zumal seit dem Kurswechsel in Frankreich, für den Beitritt Deutschlands ausgesprochen. Und Benesch ist die kleine Entente. Nirgendwo auf weiter Flur ertönt eine Regierungsstimme in anderem Sinn — nur die polnische Presse meldet sich, und aus ihr sprechen gewiß „höhere“ Leute als nur die Artikelschreiber. Man nimmt Lord Parmoors Hinweis darauf, daß Deutschland im Völkerbund auch für den Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland allerhand erreichen könnte, zum Vorwand des Protestes und überieht dabei, daß man damit nur sein schlechtes Gewissen in der Frage des feierlich gelobten und vereinbarten Minderheitenschutzes verrät.

Zu dem Warschauer Preselärm gesellt sich nun auch der polnische Kollege Lord Parmoors, nämlich der polnische Völkerbundesdelegierte Graf Strzyński. Er hat, wie das „Berliner Tagblatt“ berichtet, in einem Interview für den Krakauer „Czas“ (Die Zeit) rundheraus erklärt, Deutschland dürfe zwar — von Polen aus — in den Völkerbund hinein, aber es dürfe nicht einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalten. Dagegen scheint der Herr Graf in seiner Bescheidenheit für Polen diese Stelle in der Leitung des Völkerbundes verlangt zu haben. Daß doch Herr Strzyński nicht die Väterlichkeit fühlt, für Polen zu verlangen, was man Deutschland glaubt verlangen zu können. Der Graf wird jetzt, fast zur Belohnung, als Kandidat für den Posten des polnischen Außenministers genannt, da Graf Jamoyński soeben von dieser Stelle zurückgetreten ist. Wenn's nur ein Graf ist — dann ist Polen nicht verloren!

Die Gefahr des Föderalismus.

Bayerischer Partikularismus und französische Regie.

Die bayerische Regierung hat mit ihren unaufhörlichen Versuchen, bei der Umgestaltung der Reichseisenbahn durch das Sachverständigen Gutachten möglichst viel für die bayerischen partikularistischen Eisenbahnforderungen herauszuschlagen, eine schöne Beschönigung angedichtet. Der Pariser Vertreter der „Königlichen Volkszeitung“ hat den stenographischen Bericht der großen Senatsrede Poincarés nachgesehen und dabei festgestellt, daß Poincaré u. a. gesagt hat, die Sachverständigen hätten die Möglichkeit eingeräumt, die Erhaltung der Eisenbahnen in mehrere Reize beizubehalten unter dem Vorbehalt einheitlicher Tarifgestaltung und Betriebsregelung. Es scheint, daß das bayerische Eisenbahngesetz auf alle Fälle bestehen bleiben sollte. Die französisch-belgische Regie, die wunderbar funktioniert, könne also ebenfalls bestehen bleiben.“

Dazu bemerkt die „Königliche Volkszeitung“: „Die Rede Poincarés zeigt leider einen wunden deutschen Punkt: die Befürchtung, daß die bayerischen partikularistischen Eisenbahnforderungen als Stützpunkt für die Forderung nach Aufrechterhaltung der Regie oder „Internationalisierung“ der unterirdischen Eisenbahnen benutzt werden könnten, erweist sich als nur zu berechtigt. Die bayerischen Forderungen kommen den Leuten vom Schlage Poincarés sehr gelegen. Was lag näher, als daß sie sich in diese Mauerspitze drängen würden? Sie benutzen jede Gelegenheit, die ihnen durch Liebertreibungen eines nicht immer richtig verstandenen deutschen Föderalismus geboten wird, um sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen. Die Reichsregierung und die Abgeordneten werden nun merken, wie verhängnisvoll es wäre, den bayerischen Forderungen mit Bezug auf die Eisenbahn sich zu unterwerfen.“

Mainzer Friedenskundgebung und WTB.

Zu dieser Notiz in unserer gestrigen Morgen-Ausgabe haben wir ein Schreiben der WTB-Direktion erhalten, aus dem hervorgeht, daß WTB am 8. Juli von seiner Mainzer Agentur eine Vorankündigung der Kundgebung erhalten und veröffentlicht hat. Unter diesen Umständen ist es um so unverständlicher — und es wird dies von der WTB-Direktion ausdrücklich bedauert, — daß dieselbe Mainzer WTB-Agentur es unterlassen hat, über die Kundgebung selbst zu berichten. Wie die WTB-Direktion hinzuzügt, hat sie sich infolgedessen genötigt gesehen, nachträglich den „Vorwärts“-Bericht unter Quellenangabe im Reiche weiterzuverbreiten.

Damit wird die von uns aufgeworfene Frage, ob eine politische Absicht hierbei vorzuliegen hat, natürlich hinfällig. Daß aber diese eigentümliche Unterlassung eine bedauerliche politische Wirkung gehabt hat, nämlich durch die Verzögerung den Widerhall einer wichtigen deutsch-französischen Kundgebung abzuschwächen, ist leider nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Koalitionskrise in Hessen.

Das Zentrum mit der Rechten gegen die Linke.

Darmstadt, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsung des hessischen Landtages, dem letzten Beratungstag der augenblicklichen Session, prallten die Gegensätze hart aufeinander. Das Zentrum hatte bei einer Reihe wichtiger Abstimmungen in den letzten Wochen mit der Deutschen Volkspartei, dem Bauernbund und den Deutschen Nationalen gegen die Sozialdemokratie gestimmt, obwohl es sich mit den Sozialdemokraten und Demokraten in einer Koalition befindet. Auch am Donnerstag stimmte das Zentrum gegen mehrere sozialdemokratische Anträge zum Ausführungsgesetz für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bauernbund hatten u. a. drei Anträge gemeinsam vorgelegt, die Staatszuschüsse für die höheren Privatschulen und die privaten Volksschulen verlangen. Bei der Abstimmung über diese Anträge verließen die Sozialdemokraten, ein Teil der Demokraten und die Kommunisten den Sitzungssaal. Der im Saale zurückgebliebene Abg. Kaul (Soz.) bezweifelte die Beschlußfähigkeit. Die Sitzung mußte deshalb unterbrochen werden. Nach 15 Minuten eröffnete Präsident Adeltung eine neue Sitzung. Die obstruierenden Abgeordneten erschienen jedoch nicht. Als dann später die Anträge erneut zur Abstimmung aufgerufen wurden, war das Haus wieder beschlußunfähig. Ueber diese Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war das Zentrum sehr empört. Die Fraktionen der Koalitionsparteien traten sofort zu einer Sitzung zusammen. Die Lage blieb jedoch ungeklärt. Es bleibt abzuwarten, ob das Zentrum, das für sich das Recht der Handlungsfreiheit in weitestgehendem Maße beanspruchte, den Sozialdemokraten aber dieselben Rechte versagte, seinen nicht mißzuverstehenden Drohungen die Tat folgen läßt und seinen Minister aus der Regierung zurückzieht.

Kirchturmspolitik.

Für Schutzzölle — soweit sie dem eigenen Geschäft nicht schaden.

Das Anhaltische Staatsministerium hat dem Vertreter Anhalts im Reichsrat die Befehle erteilt, für die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Schutzzölle, sowie für die Ermöglichung der Umschiffung um 1/2 Proz., ferner gegen die Einführung von Zöllen auf Melasse zu stimmen, weil dadurch die Dessauer Zuckerraffinerie, das einzige Melasse in großem Umfang verarbeitende deutsche Werk, zum Erliegen kommen müsse.

Aus solchen Interessengegesichtspunkten wird in dem kleinen Ländchen Stellung genommen zu der Schutzzollfrage. Das anhaltische Staatsministerium scheint seine staatlichen Aufgaben mit Geschäftsinteressen zu verwechseln.

Briefe an einen Freund über „Luthers Glaube“ sind mit des Wesentlichste, was sie geschrieben hat — und werden deshalb natürlich von der Fachbesoldigte abgelehnt. Aus diesem Buche wächst organisch ein zweites über den „Sinn der heiligen Schrift“ und die Erkenntnisse beider werden in der Philosophie der „Antiperfönlichung“ und dem Buche „Vom Wesen des Menschen“ zusammengefaßt. Endlich, im Jahre 1923, wendet sich der Blick, der einst im Süden den Sinn des Daseins suchte, nach Osten. In dem Buche „Bakunin und die Anarchie“ setzt sich die Dichterin mit der Zukunft des schwarzrotgoldenen Deutschland auseinander, um das sie sich als eine Getreue, um seine Entwicklung aus den Köpfen und Herzen derer von 1848 wissend, mit allen Fasern ihrer Seele sorgt.

Wohlgemerkt: Ricarda Huch ist keine Politikerin. Ricarda Huch ist auch keine Sozialistin im Marx'schen Sinne. Sie ist aber eine Künstlerin und Philosophin, die nichts mehr haßt als den arroganten Individualismus des Pseudokünstlers, der die Verbindung zum Volke, zur Gemeinschaft und dem Wachstum verloren hat. Ihr ganzer philosophischer Kampf des letzten Jahrzehnts geht gegen die Unfruchtbarkeit des Selbstbewußtseins und für die Fruchtbarkeit des Gottbewußtseins, mit welchem Begriff sie die Hingabe des einzelnen an die Gesamtheit zu bezeichnen pflegt. Ihr Kampf geht gegen den Nationalismus, gegen die, die glauben, man könne alles wollen, könne eine Harmonie herstellen. Ihre Lebensweisheit bejahet alle Widersprüche und Gegensätze, allen Kampf des Lebens, da sie weiß, „daß das einzig wahrhaft Böse die Gegenwärtigkeit ist.“ So spielt sie, bei aller Anerkennung seiner einseitigen Größe, gegen Marx Bakunin aus: gegen den Nationalisten und „den Errechner der Zukunft den Latmenischen, der voller Widersprüche steht“. Das Kapitel Marx und Bakunin ist die Stelle, von der aus man Ricarda Huch in ihrer heutigen geistigen Situation am leichtesten verstehen kann. Denn beide Männer sind Typen, deren Gegensatz die Dichterin von Anbeginn an in der eigenen Brust trug — ein Gegensatz, der verhindert hat, daß sie eine ganz reine und große Gestalterin oder eine ganz reine und große Theoretikerin ward. Die Elemente mischten sich in ihr. Es gibt Ideologen, die diese Mischung bedauern. Man darf und soll sie bejahen. Sie macht das Werk Ricarda Huchs zu einem einzigartigen Phänomen, weil sein Mischungsverhältnis einzigartig ist. Ein Halbkünstler? Nein. Eine ihrer deutschen Künstlererscheinungen, die ohne die theoretische Eigenbräuterei der künstlerischen Strahlen nicht denkbar sind und die mit vollem Maß, als ein ganz besonderes geistiges deutsches Ereignis, neben die Höpferlin, Kowalski, Hebbel, Hamerling, Meißner, Schaf und wie sie alle heißen, treten kann.

Arbeitsnachweis . . .

Von J. H. E. Bättnner.

Hunderte kommen und gehen. Hunderte tragen die gleiche Karte, den gleichen Stempel, das gleiche Aussehen, den gleichen Hunger, die gleiche Sehnsucht: Arbeit. Stumm aber bilden die Bände in den Raum der Verzweifelten. Vereinzelt flackert ein Fünkchen von Hoffnung. Eine Karte

haben ihre zitternden Hände, und die Seele einer alten Mutter jubelt vor Freude: Arbeit! Arbeit! Aufwartung! Drei Mark und das Essen für sieben Tage! O, wie unendlich weitet sich der Raum. Die Pfennige in ihrem Beutel klappern vor Seligkeit. — — —

Wieder öffnen sich die Türen.

Zwei Kinder, 17 Jahre, Geschwister der Arbeit, treten zum Schalter. In ihren Herzen pocht die Erwartung.

„Personen unter 18 Jahren erhalten keine Unter-

stützung!“

„Personen unter 18 Jahren erhalten keine Arbeit!“

„Personen unter 18 Jahren haben kein Recht zum Leben!“

„Personen unter 18 Jahren haben eine alte Mutter, sieben kleine Geschwister, einen kranken Vater . . .“

Die Augen der Kinder beginnen zu weinen, aber die Schalter werden geschlossen von den starren Händen des Geheles. —

Hunderte kommen und gehen. Hunderte tragen die eine Sehnsucht: Arbeit!

Münchener Studenten an Ernst Toller. Die sozialistische Studentengruppe und die Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten an den Münchener Hochschulen haben an Ernst Toller anlässlich seiner Freilassung aus der Festung Niederschönenfeld Telegramme gesandt. Das der sozialistischen Studentengruppe lautete: „Die sozialistische Studentengruppe an den Münchener Hochschulen sowie die sozialistische Akademikergruppe in München grüßen den Gefangenen von Niederschönenfeld und geloben, keinem vorbildlichen Opfername treu, für die gemeinsame Sache in aller Zukunft einzustehen.“ Die republikanische Arbeitsgemeinschaft sandte folgenden Gruß: „Die Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten an den Münchener Hochschulen grüßt Ernst Toller in der Freiheit. Sie erhebt bei dieser Gelegenheit schärfsten Protest gegen die ungleiche Behandlung der politischen Prozesse in Bayern.“

Die Forleule. Einer der schlimmsten Schädlinge des deutschen Waldes ist in diesem Sommer die Forleule, eine Schmetterlingsart, deren Raupen bereits große Kieferbestände fahrgestossen haben. Sie ist den Forstmännern schon seit 200 Jahren bekannt, während die Zoologie den Falter erst seit 1776 erforscht hat. Wenn die Forleulegefahr trotz der ungeheuer großen Fruchtbarkeit dieser Insekten stets nur in größeren Zeitabständen wiederkehrt, so liegt das daran, daß die Entwicklung dieses Forleuleschädling von bestimmten Witterungseinflüssen abhängt, die gerade in diesem Jahre besonders günstig gewesen sind. Gerade ein harter, langanhaltender Winter fördert das Durchkommen der Puppen der Forleule in der Streudecke des Waldes und bedingt eine späte Flugzeit und dadurch ein spätes Auskriechen der jungen Raupchen aus den abgelegten Eiern, so daß die Raupchen gerade die ihnen unentbehrliche Nahrung, den Natried der Kiefernbäume, vorfinden. Ein trockener, heißer Sommer begünstigt dann das weitere Wachstum der Raupen und hemmt die Entwicklung der die Raupen abtötenden Pilze. Dagegen liegen nach einem milden Winter die Falter schon so früh aus, daß die Raupen noch keine Nahrung vorfinden und größtenteils verhungern. Treibt dann etwa noch ein feuchter, kühler Sommer hinzu, so verbreiten sich um so mehr die Blizkrankheiten, die schon die Puppen im Winterlager, dann aber auch die Raupen beim Fraß befallen und ebenfalls die in den Puppen und Raupen schmarozhenden kleinen Insekten. Es ist nun aber nichts verkehrter, als die Annahme, die

Zum Republikanerabbau noch Verleumdung!

„Weder tapfer noch vornehm“.

Der deutschnationale Herr Bazille hat den württembergischen Gesandten in Berlin, den Genossen Hildenbrand abgebaut, weil er Republikaner und Sozialdemokrat ist. Er hat nicht den Mut besessen, die Dinge beim wahren Namen zu nennen, sondern hat ihn abgebaut, weil er kein geschulter Beamter sei und der fachlichen Eignung ermangele. Dieser jadenstehende Vorwand ist Hildenbrand in einer Weise mitgeteilt worden, die wie eine beachtliche Kränkung erscheinen mußte. Es war nicht nur politische Gegnerschaft, sondern kleinlicher Haß eines beschränkten Geistes, der aus dieser Mahregel sprach, Mangel an Mut zur politischen Begründung des Abbaus. Die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt deshalb:

„Die ganze Sachlage wäre mit einem Schloß geklärt, wenn die Regierung zugeben wollte, daß sie nach dem Kurswechsel, der mit der Bildung des Kabinetts Bazille-Boß eingetreten ist, nicht mehr von einem sozialdemokratischen Gesandten in Berlin vertreten sein wollte. Für eine solche ehrliche Erklärung hätten wir volles Verständnis. Nur möchte freilich die Amtsenthebung in geschicklichen Formen vor sich gehen, und da es an einer geschicklichen Grundtatsache für die Durchführung eines solchen Beschlusses zurzeit in Württemberg fehlt, müßte sie geschaffen werden. Nur weil die Rechte des Landtags zu feig ist, ein Gesetz zu machen, das den Zweck in der Behebung politischer Kräfte ermöglicht, greift man zu der unhaltbaren Begründung der Abberufung Hildenbrands mit der Personalabbauperordnung.“

Zwischen ihm hat sich Herr Bazille, dem der württembergische Demokrat Heuß bescheinigt, daß er in dieser Angelegenheit weder tapfer noch vornehm gewesen sei, auf andere Vorwände besonnen. Genosse Hildenbrand soll angeblich Pflichtverletzungen begangen haben. Das hat Herr Bazille neu entdeckt, nachdem die bisherige Regierung diesen Vorwurf nicht erhoben hat. Dieser nachträgliche Versuch, dem abgebauten Gesandten zur eigenen Rechtfertigung etwas am Zeuge zu flicken, ist niedrig.

Er ist um so niedriger, als die reaktionäre Presse ihn zum Vorwurf nehmen möchte, eine neue verlogene und verleumderische Hege gegen Hildenbrand zu entfachen, nachdem ihre Verleumdungen im Falle Hermann so kläglich zusammengebrochen sind. Die „Deutsche Zeitung“ macht damit den Anfang, indem sie in hypothetischer Form erklärt, Genosse Hildenbrand sei reif für den Staatsanwalt! Die Behauptung ist lächerlich, nur in die Welt gesetzt, um die „weder tapfer noch vornehm“ Haltung des Herrn Bazille zu beschönigen.

Das sind echt deutschnationale Ehrenmänner! Um den eigenen Mangel an Mut und politischer Ehrlichkeit zu verdecken, verbreiten sie erfundene Verleumdungen gegen Männer, die sie eben erst politisch gemahregelt haben, obgleich deren Ehrenhaftigkeit außer allem Zweifel steht.

Bürgerblockpräsidium.

Aus dem Thüringer Landtag.

Weimar, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Da die sozialdemokratische Fraktion des thüringischen Landtages den Genossen Leber wegen des dauernden Bruches der Geschäftsordnung durch die bürgerliche Mehrheit aus dem Landtagspräsidium zurückgezogen hatte, wurde am Donnerstag eine Ergänzungswahl notwendig. Die Sozialdemokraten hatten es abgelehnt, einen Vizepräsidenten zu stellen und stimmten für den kommunistischen Vorschlag, der von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Volksparteierte Geier, zum zweiten Vizepräsidenten der Deutschnationalen Kien gewählt. Somit besteht das thüringische Landtagspräsidium jetzt nur aus Abgeordneten der Rechten.

ab eressenen Kiefern seien notwendig zum Absterben verurteilt und nun deshalb gefällt werden. Weidner ist bisher nach allen forstwirtschaftlichen Erfahrungen noch bei keinem Baum, der nicht schon vorher krank gewesen ist, die Lebensfähigkeit durch Kaupenfraß getötet worden. Sobald kühleres Wetter und reichere Niederschläge erfolgen, kann auch die Forstleutengefahr immer noch rechtzeitig behoben werden, und sie dürfte auch für dies Jahr bereits infolge der inzwischen sehr ausgebreiteten Pilzkrankheit ihren Höhepunkt überwinden haben. Schon jetzt sind vielfach neue Rabeltriebe in den kahlgebliebenen Baumkronen wahrzunehmen. Ein vorläufiges Abschlagen solcher vom Kaupenfraß heimgesuchten Rabeltriebe würde nicht nur für die Forstkultur, sondern auch volkswirtschaftlich schweren Schaden anrichten, da die notgedrungen verschleuderte des geschlagenen Holzes im wesentlichen nicht dem realen Handel, sondern dem Spekulant- und Schieberium zugute kommen, also keinesfalls eine Verbilligung von Bau- und Brennholz einleiten würde. Im übrigen stirbt auch die todgeweihte Kiefer immer erst im Laufe von mehreren Jahren ab, so daß ein etwa notwendig werdender Einschlag auf einen längeren Zeitraum verteilt werden kann. Schließlich hat auch die Forstwissenschaft seit dem letzten Massenüberfall der Forsteule wieder manche wertvollen Erfahrungen über die Möglichkeiten der Bekämpfung dieses Waldschädlings gesammelt.

Die Internationale der geistigen Arbeit. Am 17. Juli ist in Genf der Sachverständigenausschuß zusammengetreten, der von der Völkerbundkommission für geistige Zusammenarbeit eingesetzt ist, um die Frage des internationalen Austauschs von Veröffentlichungen zu prüfen. Eine teilweise Lösung dieser Frage war bereits durch ein 1886 in Brüssel getroffenes Übereinkommen erfolgt, durch das die Staaten bis zum Austausch ihrer offiziellen Publikationen verpflichtet sind. Der Sachverständigenausschuß wird untersuchen, welche Modifikationen das Brüsseler Abkommen erhalten muß, damit ihm eine größere Anzahl von Ländern beitreten. Er wird ferner die Möglichkeit untersuchen, offizielle Publikationen von geringem allgemeinen Interesse vom Austausch auszuschließen und dafür wissenschaftliche Veröffentlichungen in ihn aufnehmen. Endlich wird er mit Unterstützung des Direktors des Weltpostvereins in Berlin die Möglichkeit einer Gebührenfreiheit für die Austauschsendungen erörtern. Am 25. Juli wird in Genf die Vollziehung der Organisation für geistige Zusammenarbeit stattfinden. An ihren Arbeiten wird u. a. auch Professor Einstein teilnehmen. Die deutsche Regierung hat sich bisher leider nicht allzu reger an den Arbeiten beteiligt, angeblich wegen zu hoher Kosten und zu geringen Interesses der Kommission für Deutschland. Auch das Brüsseler Abkommen ist bisher von Deutschland noch nicht anerkannt worden. Es wäre zu wünschen, daß die deutsche Regierung der Internationale der geistigen Arbeit eine stärkere Förderung angedeihen ließe.

Eine Ehrengabe für Ricardo Huch. Die Gottfried-Keller-Stiftung hat der Dichterin zu ihrem 60. Geburtstag eine Ehrengabe von 1000 Franken überreicht.

Der deutsche Historikerfesttag, der zum letzten Male 1913 zusammentrat, wird in der Zeit vom 1. bis 3. Oktober in der Universität Frankfurt a. M. seine erste Tagung nach dem Kriege abhalten. Mehrere hundert Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft, darunter auch solche aus Österreich und der Schweiz, werden sich einfinden.

Internationale und Londoner Konferenz

Beschluß des IOB. und der SAZ.

Am 14. Juli 1924 fand in Amsterdam eine gemeinsame Beratung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) und des Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (London) statt. An ihr nahmen teil: als Vertreter des IOB. Purcell (England, Vorsitzender), Jouhaux (Frankreich), Mertens (Belgien), Leipart (Deutschland) und die Sekretäre Dudgeest, Sassenbach und Brown; als Vertreter der SAZ. Bell (England), Blum (Frankreich), Vanderveelde (Belgien), de Brouckere (Belgien), Hermann Müller (Deutschland), Bliegen (Holland) und der Sekretär Adler.

Zur Beratung standen die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen, insbesondere das Sachverständigengutachten, die bevorstehende Londoner Regierungskonferenz und die Verteidigung des Achtstundentages. Nach eingehender Diskussion, die allen Anwesenden Gelegenheit zum Meinungsaustausch bot, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz verzichtet in diesem Moment darauf, das ganze Problem der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten, in die der Weltkrieg die Menschheit gestürzt hat, darzulegen. Dies ist in den Beschlüssen der Konferenzen von Amsterdam im April 1921, des Kongresses in Haag im Dezember 1922 und des Kongresses in Hamburg im Mai 1923 eingehend geschehen. Die Konferenz erinnert heute bloß daran, daß schon aus Grund der Beschlüsse der Frankfurter Fünfhundert-Konferenz im März 1922 sich folgende Forderungen ergeben:

1. die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch verschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparation darstellt.
2. Die Festsetzung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.
3. Den Abschluß von Übereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Wiedergutmachungen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das geht bei den alliierten Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika voraus:
 - a) Verzicht auf die Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;
 - b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die Konferenz stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen zwar gewisse Ansätze zur Lösung des Problems im Sinne der ersten beiden Forderungen enthält, daß er aber bezüglich des dritten Punktes versagt. Sie stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen das Reparationsproblem in der Weise zu lösen sucht, daß er der

Das deutsche Memorandum in London.

Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe noch einem Londoner Drahtbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ nähere Mitteilungen über das Memorandum veröffentlicht, das dem englischen Ministerpräsidenten von der Reichsregierung am Mittwoch überreicht worden ist.

Von hiesiger zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß, wie es selbstverständlich sei, die Deutsche Regierung Gelegenheit genommen hat, sowohl der englischen als auch den übrigen alliierten Regierungen ihren Standpunkt in den verschiedenen zur Diskussion stehenden Fragen auseinanderzusetzen. Es wird aber betont, daß die Mitteilungen des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ von der Stellungnahme der Reichsregierung kein zu treffendes Bild geben.

Dazu schreibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“: Die Erklärung der amtlichen Stellen mag insofern zutreffen, als in dem Memorandum der Reichsregierung nicht von Bedingungen gesprochen wird, die angeblich an die Annahme des Sachverständigengutachtens von Deutschland geknüpft werden. Das Memorandum ist in einer Form gehalten, die in der Tendenz der letzten Rede des Reichskanzlers entspricht. Die Angaben des „Parlamentsdienstes“ bleiben also insofern richtig, als sie nicht als Bedingung, sondern als Wunsch gegenüber dem englischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht wurden.

Immer wieder Landesverratsverfahren.

Das neueste Landesverratsverfahren, das die Oberreichsanwaltschaft gegen die „Dresdner Volkszeitung“ eingeleitet hat, bedeutet eine schreiende Verletzung eines der Hauptgrundsätze aller Verfassungen, insbesondere auch der deutschen Reichsverfassung und des Reichsvertrages, nämlich der unerschütterlichen und unantastbaren Verfassungen- und Straffreiheit aller wahrheitsgetreuen Berichte über öffentliche Verhandlungen. Die „Dresdner Volkszeitung“ wird bekanntlich verfolgt wegen eines wahrheitsgetreuen Berichtes über öffentliche Verhandlungen eines vom sächsischen Landtag eingesetzten Untersuchungsausschusses, der ein untrennbarer Bestandteil des sächsischen Parlaments ist. Die Deffektivität betragiger parlamentarischer Untersuchungen erscheint schwer bedroht, wenn die Presse fürchten muß, wegen der Berichterstattung darüber von der Justiz verfolgt zu werden — von jener Justiz allerdings, die sich bisher allen Anfängen zur Einführung der öffentlichen Untersuchung im Strafprozess, wie sie in England, Dänemark usw. längst besteht, krampfhaft und leider auch mit Erfolg widersetzt hat. Will man etwa das verhasste Prinzip der öffentlichen Untersuchung nun auch den Parlamenten „austreiben“? Jedenfalls ist inzwischen Vorsorge dafür getroffen worden, daß das Reichsministerium der Justiz sich über den Fall „Dresdner Volkszeitung“ äußert. Hoffentlich wird auch der Reichstag nicht unterlassen, sich mit dieser neuesten Ordnung jener Landesverratsprozesse, die sich gegen den Schutz der Republik richten, zu beschäftigen.

Der Reichsrat, der am Donnerstag eine kurze Sitzung abhielt, nahm Kenntnis von einer Mitteilung der Reichsregierung, daß die Gehaltentwürfe über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten als überholt durch die neue Arbeitszeitverordnung zurückgezogen sind. Der Reichsrat genehmigte dann den Haushaltsplan für 1924 und die Festsetzung der Steuererwartung für die Veranlagung zur Vermögenssteuer 1924. Die Zollvorlage der Regierung wurde nicht beraten.

deutschen Arbeiterklasse verhältnismäßig ungleich schwerere Lasten auferlegt als den kapitalistischen Klassen Deutschlands und die deutsche Reichs-Eisenbahnverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes aussetzt.

Sie erklärt daher, daß es aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine den Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale entsprechende anzusehen.

Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengutachtens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplanes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Die beteiligten Regierungen haben sich übrigens bereits über die uneingeschränkte Annahme des Sachverständigengutachtens geeinigt, die die Aufhebung der wirtschaftlichen Besetzung der Ruhr einschließlich Düsseldorf, Ruhrorts und Duisburgs, sobald die im Sachverständigengutachten festgesetzten Bedingungen erfüllt sein werden, mit sich bringt.

Andererseits müßte jeder Versuch, die militärische Okkupation

länger aufrechtzuerhalten als die ökonomische, zur Folge haben, daß: 1. der Zustand der Wirrnis und der Unsicherheit, der die Wiederherstellung des Friedens und den Wiederaufbau Europas verhindert, weiter bestehen bliebe;

2. die Durchführung des Planes der Sachverständigen in Gefahr geriete, indem das Vertrauen, das diese selbst für keinen Erfolg als unbedingt notwendig erachten, erschüttert würde.

Daher fordert die Konferenz die Aufhebung der militärischen Besetzung der oben bezeichneten Gebiete, gleichzeitig mit der Aufhebung der ökonomischen.

Sie fordert auch, daß Deutschland von der Konferenz in London eingeladen werde, so daß endlich an Stelle des Systems des Diktats das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker tritt.

Die Konferenz betont die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag in allen Ländern. Sie nimmt zur Kenntnis, daß der Sachverständigenplan seinem Sinne nach jeden Angriff auf den Achtstundentag in Deutschland ausschließt und erwartet, daß gemäß dem einstimmigen Beschluß der Arbeitergruppe auf der jüngsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf das Internationale Arbeitsamt seine Bemühungen für die Sicherung des Achtstundentages fortsetzt.

Vor allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverständigenplan sobald als irgendmöglich ergänzt werde durch Maßnahmen, die der Resolution der Frankfurter Fünfhundertkonferenz in allen Punkten Rechnung tragen.

Die Sekretäre der beiden internationalen Organisationen wurden beauftragt, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, um bald eine neuerliche gemeinsame Sitzung einzuberufen, in der insbesondere die Frage der Garantieverträge erörtert werden soll.

Zollverhandlungen mit der Micum.

Essen, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Zweigverband der Metallindustrie der rheinischen Gebiete in Düsseldorf für seine 18 Untergruppen mit der Micum und der Rheinlandkommission abgeschlossenen Zollermäßigungsabkommen sind um einen Monat, also bis zum 15. August, verlängert worden. Dabei wurden alle 18 Verträge derart auf eine einheitliche Grundlage gebracht, daß die Zollabgabe von jetzt ab gleichmäßig drei Viertel der alten Zollsätze beträgt. Hieron werden zwei Drittel dem Deutschen Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben. Außerdem wurde bei den Verhandlungen erreicht, daß für eine größere Anzahl von Zollpositionen die Ausfuhrzölle ermäßigt wurden. In Frage kommen u. a. Kohleisen, Walzeisen, Dampfkegel, Kupferbleche und Elektrokupfer. Die Ermäßigung dieser Zölle schwankt zwischen 40 und 45 Proz.

Etatsbesprechung im Saarparlament.

Es hat nig to seggen.

Saarbrücken, 17. Juli. (Mitb.) Der Haushaltsplan im Saargebiet, von den Abgeordneten „Märchenbuch“ genannt, wird dem Landesrat lediglich zur Kenntnis gebracht. Ein Begutachtungs- oder Beschlusrecht besitzt dieses „Parlament“ dabei nicht, und zwar trotz entgegenstehender Paragraphen des Saarstatuts. In der heutigen Sitzung des Landesrates nahmen deshalb sämtliche Parteien bei der Steuerberatung Veranlassung, den Haushaltsplan nach drei Hauptgesichtspunkten zu kritisieren: 1. enthält der Haushaltsplan die direkte und indirekte Unterstützung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Saargebietes durch Frankreich; 2. die verschiedenen und unrichtigen Positionen über die eine Rechenschaft niemals abgelegt wird und 3. die Bemerkung der Kosten für ein politisches Spieltheater gegen das Saarvolk. Dafür wurde eine Reihe von Beweisen angeführt. So wurde über die Berechnung und Festsetzung des Saarantheils an den französischen Zolleinnahmen nirgendwo und niemandem ein Einblick gewährt; der Anteil ist zahlenmäßig gleichgeblieben trotz gesteigerter Zolleinnahme. Den deutschen Beamten wird wesentlich weniger Gehalt gezahlt als den französischen, so daß die deutschen Beamten nur 50 Proz. des Gehalts ihrer Kollegen im Reich beziehen. Das soll natürlich die deutschen Beamten zur Abwanderung veranlassen, damit ihre Stellen mit Franzosen besetzt werden. Bei der Besprechung der Sozialverleumdungsvorlage erhoben die Parteien unter Führung der Sozialdemokratie erneut ihre Forderung nach Gleichstellung mit dem Reich, das zum Teil drei- bis viermal höhere Renten usw. zahlt als das Saargebiet.

Kommunistenprojekt in Königsberg. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Riedner, begann gestern vormittag vor dem Staatsgerichtshof die auf vier Tage berechnete Verhandlung gegen die Kommunisten Landwirt Rascher und zehn Genossen, die nach der Anklage im Jahre 1923 es unternommen haben sollen, in hochverräterischer Weise die Reichsverfassung gemißsam zu ändern. Bei allen kommt auch Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, bei einigen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und schwerer Diebstahl in Frage. Anklagevertreter ist Reichsgerichtsrat Dr. Reumann.

Die östliche Spaltung. Der östliche Allg. Streicher hat nach einer Rührberger Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ eine neue östliche Gruppe unter dem Namen „Reichsadler“ gegründet.

Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen. Das Reichsfinanzministerium macht darauf aufmerksam, daß nach den Verichten der Finanzämter die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern, die bis zum 10. Juli fällig waren, vielfach noch nicht eingegangen sind, ohne daß Stundung beantragt und gewährt wurde. Es fordert zur Zahlungseinstellung auf.

Gewerkschaftsbewegung

Kapitalistische Unfähigkeit.

Die Krise, die Zehntausende von Arbeitern zum Feiern verurteilt, ist bekanntlich eine sogenannte Kreditkrise. Es fehlt der Industrie an den nötigen Betriebskapitalien, um einlaufen und den Abnehmern einen entsprechenden Kredit geben zu können. Diese Kreditkrise ist eine Nachwirkung der Inflation. Die Sozialdemokraten waren es und die Gewerkschaften, denen die Unternehmer hochmütig das Recht, bei der Wirtschaftsgestaltung mitzuwirken, abzuschneiden, die seit Jahren vergeblich gegen die Inflation angekämpft haben. Die Unternehmer waren es, die sich gegen die Beseitigung der Inflation mit Händen und Füßen gesträubt haben. Die gegenwärtige Krise ist also verursacht worden durch den Mangel an Voraussicht der deutschen Unternehmer und durch ihre Borniertheit gegenüber den Vorschlägen, die gemacht wurden.

Aber die gegenwärtige Krise ist nicht allein eine Kreditkrise. Hand in Hand mit ihr geht die sogenannte Geld- und Inflation. Die Inflation und die von ihr begünstigte Kartellierung der Industrie, des Handels und der Banken haben es mit sich gebracht, daß eine große Anzahl von Betrieben, die technisch durchaus rüstständig sind, sich über Wasser halten konnten und während der Inflation noch glänzende Geschäfte machten. Diese Betriebe müssen jetzt abgestoßen werden. Bisher waren es gerade die rüstständigsten Betriebe, die sozusagen den Preis der Waren diktiert haben. Wenn die Industrie aber konkurrenzfähig sein soll, dann sind es immer die leistungsfähigsten Betriebe, die den Preis der Waren bestimmen. Diese Rückständigkeit in der Betriebsführung hat es zuwege gebracht, daß die deutsche Industrie trotz der niedrigen Löhne auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig war. Auch hier ist es wieder die Unfähigkeit der Unternehmer, die Schuld an der Krise ist.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Man schreit nach Schutzzöllen, man hat aber alle Vorschläge, die schon vor Jahren insbesondere von unseren Genossen gemacht wurden, um die Landwirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten, abgelehnt. Bei der Bodenbeschaffenheit in Deutschland hängt die Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft wesentlich von der Beschaffung billiger Düngemittel ab. Während nun die deutsche Landwirtschaft aus Mangel an billigen Kunstdüngemitteln ins Hintertreffen geraten ist, wird die deutsche Kaliindustrie stillgelegt. In der deutschen Kaliindustrie waren am 1. Juni 1924 nur noch 26 733 Arbeiter beschäftigt gegen 60 363 im Jahre 1920. Selbst diese um 56 Proz. verminderte Belegschaft arbeitet noch mit Feierschichten. Alle Forderungen der Vertreter der Bergarbeiter, die Kaliindustrie auf Bedarfsdeckung einzustellen, sind jedoch immer von den Bergwerksbesitzern abgelehnt worden. Man hat Raubbau getrieben und hat die technische Verbesserung der Bergwerke vollständig vernachlässigt. Den stillgelegten Betrieben droht heute die Gefahr des Erlausens. Damit würden ungeheure Werte des Volkswagens verlorengehen. Auch hier sehen wir die Unfähigkeit der Kapitalisten, eine vernünftige Wirtschaft zu führen.

Diese Unfähigkeit paart sich mit einem Dünkel, der sich für unfehlbar hält. Man spricht den Arbeitern nicht nur das Recht, sondern auch die Fähigkeit ab, in der Wirtschaft mitzubestimmen. Die Folgen der Unfähigkeit der Kapitalisten läßt man allerdings die Arbeiterschaft allein tragen. Wenn die Unternehmer gegen den Achtstundentag anrennen, dann geschieht dies vornehmlich deshalb, weil sie sich nicht fähig fühlen, die technischen Einrichtungen ihrer Betriebe fortlaufend so auf der Höhe zu halten, um auch bei einer verkürzten Arbeitszeit konkurrenzfähig zu bleiben. Der deutsche Arbeiter soll also für die Unfähigkeit der Unternehmer immer büßen.

Alle praktischen Vorschläge, die von der Arbeiterschaft gemacht werden, weist man zurück. Nichtsdestoweniger nehmen die Unternehmer für sich das Recht in Anspruch, den Arbeitern eine verlängerte Arbeitszeit, niedrigere Arbeitslöhne und schlechtere sozialpolitische Einrichtungen zuzumuten als die Arbeiter in anderen Ländern besitzen.

Gegenüber dieser arroganten Unfähigkeit der Unternehmer muß die entschlossene Tatkraft der Arbeiterschaft ins Werk gesetzt werden. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, ihre Betriebe zu modernisieren, sie auf kurze Arbeitszeit und hohe Löhne einzustellen. Sie müssen schon deswegen gezwungen werden, weil sie es freiwillig nicht tun. Das liegt nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft, es liegt ebenso sehr im Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft.

Christliche Gewerkschaften und Zollvorlage.

Die Feststellung des „Soz. Parlamentsdienstes“, das die Stellungnahme des Herrn Waltrusch während der Besprechungen über die Zollvorlagen mangels einer für einen „christlichen Arbeitervertreter“ aufgefallen ist, hat die Drahtzieher in den christlichen Gewerkschaften zur Selbstbestimmung veranlaßt. Sie lassen jetzt mitteilen, daß die

Darlegungen Waltrusch als persönliche Auffassung zu betrachten sind, und auch nur dann gelten, wenn andere Mittel, der Landwirtschaft zu helfen, vertragen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften behalten sich vor, in einer Denkschrift zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung zu nehmen.

Raubbau an Arbeiterleben.

Bochum, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband weist auf die seit Monaten in erschreckendem Maße sich mehrenden Betriebsunfälle im Ruhrbergbau und in der Metallindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hin. Diese Steigerung der Betriebsunfälle läßt den untrüglichen Schluß zu, daß das Unternehmertum an den Arbeitern einen unverantwortlichen Raubbau treibt und alle gesetzlichen Bestimmungen über die Unfallverhütung und Betriebssicherheit von den Betriebsleitungen außer acht gelassen werden. Für die gesamte Bergarbeiterchaft haben sich die Verhältnisse gefährdend gestaltet. Innerhalb eines Zeitraumes von 8 Monaten hat sich hier die Zahl der Unfälle nahezu verdreifacht. Täglich ereignen sich in den Gruben und Grubenbetrieben mindestens 100 Unfälle, es gibt Zeiten, wo sie sogar auf 200 und mehr täglich ansteigen. Da-

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.
Vorwärts - Verlag S. m. b. H.

von sind durchschnittlich 1 bis 2 Proz. tödlich; ein erheblicher Prozentsatz ist schwerer Natur. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes, also in einem Zeitraum von 8 Monaten, dürften sich im Ruhrbergbau mindestens 30 000 Unfälle ereignet haben, d. h. durchschnittlich im Monat nahezu 4000 Unfälle. Man bekommt den Eindruck, als seien die Gewerkschafts- und Bergrevierbeamten sämtlich Opfer des Beamtenabbaues gemorden.

Die Entwicklung der Tarifverträge.

Aus einer Anzahl von Ländern liegen statistische Veröffentlichungen über die abgeschlossenen Tarifverträge über die durch diese erschaffenen Industriezweige, Betriebe und Arbeiter vor. So aus Schweden, Norwegen, Holland, der Tschechoslowakei, Frankreich usw. Als allgemeinerer Zug ist die Abnahme der Tarifverträge in den Jahren 1921/22 gegenüber den vorhergehenden Nachkriegsjahren zu verzeichnen.

Anfolge der Wirtschaftskrise wurden viele abgelaufene Tarifverträge nicht erneuert. Die Produktionsbeschränkungen und die Arbeitslosigkeit hat die Zahl der von den Tarifverträgen erschaffenen Arbeiter vermindert, während dank der Konzentration der Betriebe die Zahl der Betriebsverträge wesentlich vermindert wurde. Dieser Zug ist besonders für Holland bezeichnend, wo die Zahl der Tarifverträge wesentlich zurückging ohne eine entsprechende Abnahme der Zahl der durch diese erschaffenen Personen. In Schweden ist die Zahl der Tarifverträge von 2256 im Jahre 1920 auf 1772 Ende 1922, in Norwegen von 1029 auf 893 Ende 1921, in der Tschechoslowakei von 1071 1919 auf 422 im Jahre 1921 zurückgegangen. In Frankreich war die Zahl der Tarifverträge sehr gering, sie betrug 1922 196 und erstreckt sich zumeist auf kleinere Betriebe. Von den 610 Tarifverträgen in Polen im Jahre 1921 entfielen 197 auf die Landwirtschaft. In Rußland ist die Zahl der Tarifverträge besonders infolge der Konzentration des Transportwesens — 2 Millionen Eisenbahner und Transportarbeiter werden dort von 6 Tarifverträgen erfasst — nicht sehr groß. Sie betrug im März 1923 70 allgemeine, außerdem gab es aber noch 6723 lokale Tarifverträge.

Zum englischen Bauarbeiterstreik.

Bekanntlich ist im Konflikt im englischen Baugewerbe kein allgemeines Nebereinkommen erzielt worden. Der Landesverband gestattet die Fortsetzung der Arbeit bei Unternehmern, die seine Bedingungen annehmen, was auch in vielen Fällen geschieht. Es stehen zurzeit weniger als die Hälfte der Bauarbeiter im Streik. Die von der Regierung angeordnete Erhebung hat lediglich gezeigt, daß es sich beim ganzen Konflikt um die Vergütung von Stunden handelt, die nicht durch die Schuld der Arbeiter verloren gehen, was die Unternehmer nicht zugeben wollen. Die Ladsperrung wird von den Unternehmern weiter hinausgeschoben.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner in England.

Vergangene Woche hielt der englische Landesverband der Eisenbahner seinen ordentlichen Kongress ab. Die Konferenz nahm einen Antrag an, demzufolge die Exekutive einen Gesetzentwurf betr. die Rationalisierung und demokratische Kontrolle der Eisenbahnen auszuarbeiten und dem Parlament unterbreiten soll. Die Eisenbahner verlangen ferner, daß sie von dem demnächst vom Arbeitsminister dem Parlament vorzulegenden Gesetzentwurf betr. die Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag nicht betroffen werden. Nach jahrelangen Kämpfen genießen die Eisenbahner zurzeit den freien Sonntag unabhängig von der stipulierten Arbeitswoche. Ein Gesetzentwurf, wie er in Vorbereitung ist, würde deshalb für die Eisenbahner einen Rückschlag von 20 Jahren bedeuten. Deshalb wollen sie eine Ausnahmeklausel. Bis jetzt hat der Arbeitsminister offenbar diese Klausel abgelehnt. Die Eisenbahner hingegen drohen damit, den außerordentlichen freien Sonntag nicht aufzugeben.

Von der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Mit Rücksicht auf die veränderte Lage des Arbeitsmarktes haben sich, so führt der preussische Minister für Volkswohlfahrt, dem Amtlichen Preussischen Pressebüro zufolge, in einem Erlaß an die nachgeordneten Behörden aus, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister in Abweichung von einer Vorschrift aus den Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 17. November vorigen Jahres mit folgendem Verfahren einverstanden erklärt:

Bei denjenigen großen Notstandsarbeiten, die bereits am 13. Juni 1924 in Angriff genommen waren, sind Erwerbslose auch aus solchen Gemeinden anrechnungsfähig, in denen die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen 10 vom Tausend der Einwohner, in Städten über 100 000 Einwohner 5 vom Tausend der Einwohner erreicht und in denen nicht die höchsten zulässigen Beiträge gezahlt werden. Von dieser Ermächtigung darf jedoch nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden, in denen die Einstellung einer großen Notstandsarbeit die Gefahr schwerer wirtschaftlicher Schäden mit sich bringt. Neue große Notstandsarbeiten dürfen bis auf weiteres nicht begonnen werden.

Keine Erwerbslosenfürsorge für abgebaute Beamte.

Nach § 4 Abs. 1 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 darf Erwerbslosenunterstützung nur gewährt werden, wenn der Erwerbslose in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit mindestens 3 Monate hindurch eine transeuropäische Versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat. Infolgedessen sind, wie der Amtlichen Preussischen Pressebüro zufolge, die abgebauten Beamten von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. Der Reichsarbeitsminister hat es abgelehnt, von der nach § 4 Absatz 2 der genannten Verordnung eingeräumten Befugnis auf Beantragung einer Ausnahme beim Reichsrat Gebrauch zu machen, so daß es bei der Nichtgewährung der Erwerbslosenunterstützung an abgebaute Beamte sein Bewenden behält.

Drohende Aussperrung in Oberschlesien.

Sämtliche Eisenhütten in Deutsch-Oberschlesien haben am 15. Juli, wie die „D. A. Z.“ hört, das Arbeitsverhältnis gekündigt. Durch die Kündigung wollen die Werke eine Neuverteilung der Löhne und Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Die Verhandlungen finden in der nächsten Woche statt. Wenn es zu einem Einvernehmen kommt, soll der größte Teil der gekündigten Arbeiter wieder eingestellt werden.

Die Unternehmer drohen mit Aussperrung, wenn die Arbeiter sich nicht einer Lohnreduktion und der Verlängerung der Arbeitszeit unterwerfen!

Einigung im ostpreussischen Baugewerbe.

Königsberg, 17. Juli. (II.) Der seit Wochen andauernde Konflikt im ostpreussischen Baugewerbe ist nunmehr durch einen am 14. Juli gefällten Schiedsspruch, der für beide Parteien verbindlich ist, beigelegt worden. Die Arbeit ist heute überall aufgenommen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die Firma Moris u. Barckhoff, Neuföhren, Jägerstr. 2, wird wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und schwebender Lohnhöhen für Luxuspapier- und Kartonagenarbeiter und -arbeiterinnen gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Befragung der Lohnbewegung in der Kreisfelder Seidenindustrie. Die Lohnbewegung in der Seidenindustrie ist abgeschlossen, die Tarife sind verlängert worden.

Verband der Maler und Lackierer. Ortsverwaltung und Betriebsräte, Deutscher Abend, 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Tagesordnung: Berücksichtigung von der gestrigen Hauptversammlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Salzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Journalistik: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Walter Krug; Anzeigen: Dr. Gieseler; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Seite 2 Beilagen.

HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben. In Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der **Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.**

Westfälisches Textilwerk

Berlin W 56
Detail — Engros

Erwin Geidel

Werderstr. 3-4
Export — Verkauf

Neu eröffnete Berliner Niederlage.

H andtuchreste Ia Qualität 35, 45, 55 "	B erufsanzug blau Saustuch Hose 3" Jacke 3"	P olsternerfessel 80 cm breit pro m 30 "	G erstentorn- Handtuch Ia Qualität 74 "
--	--	---	--

Da ich keinem Verband angehöre und alle Ware in eigenem Betriebe herstelle, bleibe, färbe, säure und konfektioniere, bin ich in der Lage, der Bevölkerung Berlins eine Gelegenheit zu bieten, sich dauernd zu billigen Fabrikpreisen einzudecken. Haben 100 Arbeiter stehen hinter mir und bürgt die Firma für die billigsten Hersteller-Preise.

Herford
Werk I.

Anruf: Zentralfunktion 12308. Berlin W 56, Werderstraße 3-4

Elverdissen
Werk II.

Auslands-Vertretungen: Aegypten / Dänemark / Griechenland / Holland / Indien / Jugoslawien / Nord-Amerika / Norwegen / Schweden / Tschechoslowakei

Neue Tiere im Zoologischen Garten.

Der erste große Tiertransport nach dem Kriege. — Tierimporteure und Tierdampfer.

Die Zoologischen Gärten haben naturgemäß unter der Wirkung des Krieges und den verderblichen Ausstrahlungen der Inflation schwer gelitten. Ein Ankauf neuer Tiere war kaum möglich, und Spenden von Landseuten, die sich in den Kolonien oder sonst irgendwo in einer tropischen Gegend befinden, kamen naturgemäß nicht mehr ein, weil seit dem Kriege ja bekanntlich nur sehr wenig Deutsche sich im Ausland und in einer Stellung befinden, von wo sie Zoologische Gärten durch Stiftungen wertvoller und seltener Tierexemplare bedenten können. Der Berliner Zoologische Garten hat, wie im allgemeinen auch die anderen deutschen Zoologischen Gärten, die schlimmsten Zeiten glücklich überwunden. Die Einführung der Rentenmark hat für bessere Einnahmen gesorgt und es geht wieder stark aufwärts. In den letzten Jahren hat der Berliner Zoologische Garten zwar hin und wieder neue Tiere, in der Hauptsache als Ersatz für eingegangene, erstanden. Vor wenigen Wochen ist nun aber der erste große Tiertransport im Berliner Zoologischen Garten eingetroffen.

Die neuen Tiere.

Zus Abessinien trafen vor einigen Wochen folgende Tiere im Berliner Zoologischen Garten ein: 1700 Vögel, 5 Erdferkel, 26 Dromedare, 12 Leoparden, 23 große Hamadryas, 15 Dschelada, 30 Riesenschilkröten. Dazu kommen eine große Anzahl von Somalischafen, Honigdachsen, Flußschweinen, Antilopen, Straußen, Hyänen, Weberdögel mit gebauten Nestern, sowie Dominikanerwitzen. Die Hamadryas sind eine Art Mantelpavian. Sie als Sonderstück in der Affenstation des Zoologischen Gartens untergebracht und. Alle diese Tiere kamen aus dem abessinischen Hochgebirge, und auch die 15 Dschelada gehören zu den abessinischen Hochgebirgsarten. Unter den Tieren sind viele, die zum erstenmal nach Europa gebracht worden sind, sowie eine Reihe bisher unbekannter Arten. Der Transport dieser vielen Tiere wurde von einem Deutschen namens Schmidt geleitet, der von zwei Somali- und zwei Collanegern begleitet war. Die Eingeborenen sind für längeren Aufenthalt der Tiere in Europa notwendig, da sich die Tiere an die Eingeborenen gewöhnen haben und man erst abwarten muß, bis sich die Wärter des Zoologischen Gartens mit den neuen Tieren, ihren Besonderheiten und Eigenarten befreundet haben. Sämtliche Tiere sind im Zoologischen Garten eingestell und gefüttert worden. Der größte Teil der Tiere ist vom Zoologischen Garten erworben worden, und nur ein kleiner Rest verteilt sich auf andere deutsche Zoologische Gärten, oder geht nach Amerika. Die amerikanischen Zoologischen Gärten z. B. haben seit jeher ein besonderes Interesse für Erdferkel gezeigt, die in deutschen Zoologischen Gärten immer nur selten vorhanden waren.

Wie kommen die Tiere nach Europa?

In den exotischen Ländern hat es seit jeher große Tierexportfirmen gegeben, deren Inhaber meistens Engländer, zum kleinen Teil Deutsche sind. Diese Firmen bieten den großen europäischen Zoologischen Gärten exotische Tiere zum Kauf an, genau ebenso wie andere Firmen Angebote in Kaffee, Tabak, Tee oder Baumwolle machen. Wenn nun der betreffende Zoologische Garten in Deutschland auf das Angebot zustimmend antwortet, so geht der ganze Transport zu Kosten und auf Risiko der Importfirma nach Europa ab. Dabei muß man allerdings bedenken, daß die Tiere selbst dem Importeur so gut wie gar nichts kosten. Der Gang geschieht durch Eingeborene, die natürlich für ihre Arbeit nicht müßig entlohnt werden. Eine teure Angelegenheit ist dagegen der Transport. Es müssen besondere Käfige für die einzelnen Tiere angefertigt werden, auf den Dampfzügen besondere Verschläge und Netze einzurichten, und der Importeur muß stets damit rechnen, daß während des Transports mehrere Tiere eingehen. Der Tiertransport, von dem hier die Rede ist, ist, wie bereits erwähnt, aus Abessinien gekommen. Er ist bemerkenswert geworden auf kleineren Frachtdampfern, die eine lange Fahrt bis nach Hamburg brauchen. Die Ozeandampfer besaßen sich im allgemeinen mit Tiertransporten nicht und außerdem laufen sie auch so kleine Häfen, an denen die betreffende Importfirma ihr Tierdepot bis zum Abtransport er-

richtet hat, nicht an. Der Berliner Zoologische Garten hat zunächst alle diese Tiere, die aus Abessinien gekommen sind, aufgenommen und sich dadurch, daß er zunächst für das Unterstellen und das Füttern der Tiere sorgte, die Vorhand beim Verkauf gesichert. Bei der Auswahl der Tiere in ihrer Heimat muß die betreffende Importfirma natürlich sachverständige Berater zur Seite haben, die ihr angeben können, welche Tiere für die Zoologischen Gärten in Europa



zum Ankauf in Betracht kommen. Häufig leisten die sogenannten Prospektoren, d. i. Mineralisucher, diese Dienste. Hierbei sei übrigens noch erwähnt, daß sich nach dem Kriege mit dem Tiertransport auch andere Firmen, die sonst andere Waren einführen, beschäftigen, um auf diese Weise ihre Einnahmen zu verbessern.

Was die Tiere kosten.

Der Erwerb exotischer Tiere durch die Zoologischen Gärten war und ist immer noch eine recht kostspielige Angelegenheit. Von dem Tiertransport, der jetzt in Berlin eingetroffen ist, kosten z. B. die Erdferkel das Stück 15 000 Goldmark. In ähnlichen Grenzen bewegen sich die Preise für die anderen Tiere. Der Ankauf erfolgt natürlich erst, nachdem die Leitung des Zoologischen Gartens die Tiere längere Zeit beobachtet und vor allem auch nach der Richtung hin geprüft hat, wie sie Leben und Klima in europäischer Gefangenschaft ertragen. Von den vielen neuen Tieren, die der Berliner Zoologische Garten jetzt erworben hat, befinden sich alle wohl und munter und man kann hoffen, daß sie sich auch weiter gut entwickeln werden.

Der Zoologische Garten ist durch diesen Erwerb um eine große Sehenswürdigkeit reicher geworden, und es kann nicht genug dazu geraten werden, sich die neuen Tiere anzusehen und namentlich vor der Sonderchau der Mantelpavianen zu weilen oder im Vogelhaus die sehr merkwürdigen Weberdögel mit den gebauten Nestern, sowie die Dominikanerwitzen zu betrachten.

Herunter mit den Werttarifen.

Die Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise um 20 Proz. hatte die berechtigte Hoffnung aufkommen lassen, daß endlich auch die immer noch reichlich überhöhten Berliner Werttarife herabgesetzt würden. In diesen Wein hat die Direktion der Berliner Gaswerke erhebliches Wasser gegossen. Sie läßt durch eine Nachrichtenstelle eine Darstellung verbreiten, weshalb sie nicht in der Lage ist, ihre Tarife herunterzusetzen. Diese Beruhigungspille hat mehr oder minder ihren Zweck erfüllt, denn fast die ganze Presse hat sie kommentarlos abgedruckt.

Um so mehr liegt für uns Veranlassung vor, dies Verhalten der Direktion nicht un widersprochen zu lassen. Die Tarife der städtischen Werke sind abbaureif. Wenn es auch richtig ist, daß westfälische Kohle nur zu einem Drittel bei den Werken verwandt wird, so spielt auch dieses Drittel in der Preisstufung eine bedeutende Rolle. Aber die Werttarife sind auch ohnedies so hoch, daß ein Abbau unbedingt notwendig ist. Bei den städtischen Staatsberatungen im vorigen Monat ist von unseren Vertretern energisch darauf hingewiesen worden, daß ein Abbau der Tarife jetzt möglich ist. Die von den Werken vorgelegten Ueberrechnungen über ihre wirtschaftliche Lage ließen, so unvollkommen sie waren, darüber keinen Zweifel, daß bedeutende Ueberüberschüsse in diesem Jahre gemacht werden. Nun weisen die Werke darauf hin, daß Erneuerungsarbeiten unbedingt notwendig sind. Wir leugnen das keineswegs. Wenn z. B. bei den Wasserwerken Maschinen noch laufen, die circa 50 Jahre alt sind und die nur als „Kohlenstrescher“ bezeichnet werden können, so ist es zu begrüßen, wenn dieses Erbe der früheren „bürgerlichen“ Wirtschaft jetzt endlich beseitigt wird. Da an Aufnahme von Krediten unter heutigen Bedingungen im Interesse der Verbraucher nicht zu denken ist, so müssen allerdings die dadurch entstehenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Trotz alledem besteht aber durchaus die Möglichkeit, die Tarife weiter zu senken, wenn man nicht die Ueberüberschüsse für die Stadtkasse behalten will. Bezeichnenderweise wurde ein Antrag unserer Vertreter im Haushaltsausschuß, die Werttarife zu ermäßigen, von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Der unausgesprochene, aber jedermann bekannte Grund dieser Haltung ist der Wunsch der bürgerlichen Parteien, die bedeutenden Erträge der Berliner Werke als Steuerreserven in der Hand zu behalten. Die Herrschaften wissen sehr genau, daß eine neue Heraushebung der Werttarife zur Unterstützung bürgerlicher Steuerdrückbergerei für sie politisch unmöglich sein würde, wenn eine Herabsetzung erst einmal in Kraft getreten wäre.

Um so heuchlerischer und unehrlicher ist das Verhalten eines Teiles der bürgerlichen Presse, die auf die hohen Tarife schimpft in der Hoffnung, damit dem Berliner Magistrat eins auszuwichen. Die wirklichen Förderer hoher Tarife sitzen in den Gremien der Parteien, für die Steuerdrückbergerei ein Programmpunkt ist. Die Sozialdemokratie wird gerade auf Grund genauer Kenntnis der jetzigen Lage der Berliner Werke und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit nicht aufhören, den Abbau der Werttarife in dem Umfang zu verlangen, in dem er ohne Schädigung der Werke vorgenommen werden kann. Sie wird damit nicht nur den einzelnen Konsumenten, sondern auch den Bedürfnissen der Industrie und des Gewerbes gerecht, für die niedrige Werttarife einen wichtigen Faktor bei den Selbstkosten der Produktion darstellen.

Sein Raubüberfall.

In der vergangenen Nacht wurde der Kaufmann Erich Arndt bewußtlos und schwer verletzt, nur mit Hemd und Unterhose bekleidet, vor dem Hause Greifswalder Straße 13 aufgefunden. Arndt ist im Krankenhaus am Friedrichshain seinen Verletzungen, die von Messerstichen herzurühren schienen, erlegen, nachdem er kurz angegeben hatte, daß er überfallen und beraubt worden sei. Das ist jedoch nicht der Fall. Arndt, der in dem Hause ein möbliertes Zimmer bewohnte, ist, wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, in der Nacht betrunken nach Hause gekommen. Er trank öfter, weil er als Reisender viel in Gastwirtschaften zu tun hatte. In der vergangenen Nacht entkleidete er sich nun in seinem Zimmer, hängte seinen Rock mit der Brieftasche über einen Stuhl, öffnete das Fenster und leckte sich, um frische Luft zu schöpfen und noch zu rauchen, auf das Fensterbrett. Hierbei ist er wahrscheinlich eingeschlafen und hinuntergefallen. Im Fallen schlug er auf die Spitze eines eisernen Zuckerröhrens.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Ragfa.

Wenn dieser Mann sie nun nicht in aller Stille, wie einen Tisch oder einen Schrank, in einem privaten, abseitigen Raum aufstellte; wenn er sie vielen zeigte, wenn er mit seinem angeblich echten Gagini prahlte?

Gewiß, Livia konnte ihre Geschichte erzählen, zehnmal, hundertmal — würde man sie ihr auch glauben? Auch der Einzige?

Und erkennen würde man sie ganz gewiß. Jemandem, irgendwann!

Ja, aber wann? Nun, das war ja, als ob man mit dem Kopf in einen Bienenschwarm geraten wäre.

Unmöglich, lange darüber nachzudenken!

Seine Venus war fort, das war das Leid!

Seine Venus war fort: jezt mußte er Geld verdienen, um zu ihr hin zu gelangen.

Aber er hatte doch einen ganzen Beutel voll Virel Gagini würde das Geld gut ausgeben. Wenn man wollte, was er vorhatte, dann brauchte man mehr als Geld.

Erst einmal arbeiten, beweisen, doppelt und dreifach beweisen, was man konnte! Zeigen, daß dieser Kopf der Venus, ihr Arm, kein Geschenk des Zufalls war, dann fand er Freunde, Fürsprecher. Das Geld brauchte er, gewiß, doch mehr als das brauchte er Freunde.

In der Dunkelheit erreichte Renzo Monreale. Palermo wand sich wie ein funkenbesätes Fabelwesen zwischen Berg und Meer.

Renzo sah nochmals hinab, lange. Seine Hände ballten sich nicht, sie hingen schlaff herunter: sein ganzes inneres Leben nahm diesen nächtlichen Zauber in sich auf. Ganz fromm und still wurde ihm zumute. Er fühlte sich tief beruhigt, als ihn das Kloster wieder aufnahm.

Der Vater Pförtner war recht erstaunt, den jungen Adriani schon wieder zu sehen, doch was ging es ihn schließlich an? Der nächste Tag würde die Erklärung bringen. Er geleitete Renzo in seine Kammer und befahl ihn der Madonna und allen heiligen.

Die ersten Stunden schlief Renzo denn auch wie in himmlischem Daunengewölbe, dann aber machte er auf. In ihm sang fortwährend ein Marienlied. „Deine Seele wird ein

Schwert durchdringen,“ das waren die einzigen Worte, die er mit in das Wachsein hinübertrugte.

Ein Schwert — meine Seele? dachte er taumelnd.

Dann stand wieder alles klar vor ihm: „Meine Venus ist fort!“ Und er stöhnte und ächzte und war voll Grimm.

In seiner Pein kam ihm ein Gedanke, an den er sich festklammerte: jezt gleich, zur ersten Messe, wollte er aufstehen und dem Vater Matteo alles beichten. Er würde ihn hören, dürfte ihn nicht verraten.

Er stand auf, kleidete sich an und konnte es kaum erwarten, bis das erste Läuten anhub.

Er ging in den Klosterhof, wartete am Eingang zur Kirche und bat dort Vater Matteo mit so tiefer Erregung, ihm die Beichte abzunehmen, daß der Obere des Klosters ohne Zögern einwilligte.

Was für eine Wohltat war es, alles vom Herzen herunterwälzen zu können. Das war gar keine Beichte mehr, das wurde eine krause, lange Erzählung — und Vater Matteo hörte schweigend zu.

Zum Schluß behandelte er diesen Prinzessinnenraub wie irgendeine andere, ziemlich alltägliche Sünde, und da auf diese Weise Renzo die rechte Erweckung des Herzens fehlte, entfiel ihm auch der letzte Brocken notdürftiger Reue. Er hatte sich ausgesprochen, das war alles. Vater Matteo bestand auch nicht recht auf einem Akt der Reue, doch er meinte, wie die Dinge einmal lägen, würde er kaum die Absolution erteilen können. Und im Grunde waren beide mit dieser Lösung zufrieden.

Eine Stunde später schritten sie wieder die Scala nach San Martino hinauf. Renzos Geschichte war zwar im Beichtstuhl zurückgeblieben, doch Vater Matteos Gedanken nicht. So stellte er Renzo denn eine Aufgabe, die ebenso schwer wie schön und lochend war: er sollte für eine Seitentapelle der Benediktinerkirche von San Martino den heiligen Sebastianus schaffen, an einen Baum gebunden, wie er auf die Pfeile seiner Henker wartet.

Ganz flüchtig, als sie von dem Entwurf zur Statue des Sebastianus sprachen, erwähnte Renzo, er könne dem Vater Matteo das Tonmodell zum Venuskopfe zeigen, doch der Vater sah ihn erstaunt an. Da schwieg Renzo beschämt. Einen Augenblick hatte er im Eifer der Besprechung vergessen, daß es sich ja um ein Beichtgeheimnis handelte — und hier in der hellen Morgensonne, unter dem glänzenden blauen Himmel, wandelte ihn nicht die Lust an, alles noch einmal zu wiederholen.

Lieber arbeiten, arbeiten!

15. Carlo Fratelli war noch nicht lange in Rom, da bereitete er sein neu erworbenes und glänzend ausgestattetes Haus zu einer Einweihungsfeier vor, von der man reden sollte.

Die Liste der Einzuladenden hatte er sorgfältig zusammengestellt. Es war gleichsam der Boden, auf dem er fortan stehen wollte.

Es hatte viele Mühe gekostet, den Museumsdirektor Besio zu gewinnen. Wohl hätte er nicht zugesagt, an dem Essen teilzunehmen, doch er wollte zu einer späteren Stunde kommen und dem „echten Gagini“ seine Besuche machen.

Besio glaubte nicht recht an diesen echten Gagini.

Fratelli selbst hatte er gar nicht empfangen, nur seinen Mittelmann, der nichts von der Geschichte dieses Kaufes in Palermo wußte.

Da Besio erst spät kommen wollte, entschloß sich Fratelli, die hintere Einfahrt seines Hauses für die Gäste zu bestimmen, so daß es vermieden wurde, den Binnenhof zu sehen, in dem seine Venus stand.

Sie war nicht das einzige Kunstwerk, das er besaß, auch im Hause selbst war vieles zu betrachten; doch sie war die Krone.

Nach dem Diner wollte man unter den Säulengängen des Hofes wandeln. Er sprach gar nicht von der Venus, aber doch nur in Andeutungen: sie war die Ueberraschung.

An dem großen Tage war er in heiterster Stimmung: Alles gelang so prächtig, als hätte man jahrzehntelang bei ihm getafelt. Die Unterhaltung stieß schnell und leicht dahin; nur vermied es Fratelli, der sonst aus voller Brust erzählte, Namen und Daten in Verbindung zu bringen. Das war eben doch ein dunkles Gebiet. Aber dreimal sprach er mit erhobener Stimme Goethes Worte nach: „Italien ohne Sizilien macht gar kein Bild in der Seele: hier ist erst der Schlüssel zu allem!“ Er hatte das verschmähte Gasthaus mit dem Goethe-Zimmer eigens aufgesucht, und er war mit freigebigen Händen darin umhergewandert, um diese Worte des größten Deutschen festzustellen.

Dabei spürte er dann jedesmal ein tiefes Mitleiden mit diesen armen Deutschen.

Von Zeit zu Zeit gingen seine Augen mit wartendem Ausdruck zur Tür hin. Ob Besio doch noch an seinem Tische sitzen würde?

Als der aber nicht kam, und der Kammerdiener, der zugleich sein Zeremonienmeister war, ihm schon einige Male zugewinkert hatte, es wäre Zeit, aufzustehen, da erhob sich Fratelli, rot, rund und feierlich. (Fortsetzung folgt.)

den ein Kaufmann als Kellner für sein Geschäft aufgestellt hat, so unglücklich auf, daß er sich die stichartigen tödlichen Verletzungen zuzog.

Der Abbau der Berliner Bezirksämter.

Vierzig Bezirksstadträte sollen entbehrlich sein.

Nachdem am Dienstag die gemischte Deputation zur Beratung von Organisationsfragen sich mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden erklärt hat, ist jetzt im Magistrat die endgültige Beschlußfassung erfolgt. Danach erfolgt der Abbau von rund vierzig Bezirksstadträten. In einigen größeren Bezirken sind drei, in einigen kleineren je ein und in der Regel der Bezirke zwei Stadträte das Opfer des Abbaues. Die Personen werden aber von den Bezirksversammlungen bestimmt, die gleich nach Beginn der Ferien die entsprechenden Beschlüsse zu fassen haben. In den meisten Bezirken liegen allerdings die Entscheidungen schon vor, sie bedürfen jetzt nach der endgültigen Entscheidung des Magistrats nur noch der formellen Bestätigung.

Bei der Beratung in der Deputation gab es ein sehr lustiges Intermezzo. Die Vertreter der Parteien waren mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden, nicht aber die Bezirksbürgermeister. Besonders streifbar trat gegen den Abbau auch der deutsch-nationale neue Bürgermeister von Charlottenburg, Herr Augustin, auf, der bei dieser Gelegenheit, wie üblich, feststellte, daß der Magistrat von Berlin keine Ahnung von Charlottenburg und Wilmersdorf (seiner bisherigen Domäne) habe und daß ein Abbau höchst schädlich sei. Raum hatte Herr Augustin so geredet, da erhob sich Herr Scholz (I) und erklärte unter großer Heiterkeit der Versammlung, daß er ebenfalls früher, als er noch simpler Bürgermeister von Charlottenburg gewesen sei, auch geglaubt habe, daß ein Abbau in dem vom Magistrat gewünschten Ausmaß vielleicht nicht möglich sei, aber jetzt, seitdem er Bürgermeister von Berlin sei, sehe er ein, daß es auch so gehe. Man sieht also, wie mit dem Amt der Vorstand sichtbar gewachsen ist. Vielleicht sieht man aber auch daraus, das vieles von dem mit großem Getöse aufgemachten Kampf gegen Groß-Berlin nur auf interne Auseinandersetzungen der zentralen und lokalen Bürokratie zurückzuführen ist und daß man nicht nötig hat, die Dinge allzu tragisch zu nehmen. Denn wenn solche Leuchten wie Scholz so schnell umlernen können . . .!

Kinobild eines Ermordeten.

Zu dem Mord in der Pirschheide.

Von den Mörder des Kaufmannslehrlings Paul Zeller, der am 1. d. M. in der Pirschheide erschossen aufgefunden wurde, ist auch jetzt noch keine bestimmte Spur ermittelt. Die Kriminalpolizei suchte je zunächst hauptsächlich in den Kreisen der Homosexuellen. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß die Angaben, die nach dieser Richtung hin der Kriminalpolizei gemacht worden waren, einen Doppelgänger des Ermordeten betrafen, der ebenfalls Paul Zeller heißt, ebenso alt ist wie der Ermordete und diesem ziemlich ähnlich sieht. Neue Mitteilungen und Nachforschungen weisen nun, wie wir schon mitteilten, auf Turn- und andere Sport- und Wandervereine in der Gegend des Schießplatzes Bahnhofs. Es ergab sich da, daß Paul Zeller einem Verein Ullersdorf in der Fruchtstraße angehört hat, aus diesem jedoch wegen Zänkereien ausgeschlossen worden ist. Bei diesen Nachforschungen spielt ein gewisser Paul Meyer eine Rolle, ein Mann mit einem Holzbein, der jetzt in Tegel wegen Beleidigung der Republik eine Strafe von sechs Monaten verbüßt, zur Zeit des Mordes aber noch auf freiem Fuße war. Diesen Meyer wollte ein Zeuge in der kritischen Zeit, als Zeller seine verhängnisvolle Wanderung antrat, mit ihm am Potsdamer Bahnhof gesehen haben. Dieser Zeuge hat aber jetzt seine Aussage zurückgenommen. Andere haben sich nun wieder gemeldet, die bekunden, daß Meyer mit dem Holzbein zu der fraglichen Zeit doch am Potsdamer Bahnhof gewesen sei. Dem widersprechen wieder andere, die ihn zu der gleichen Zeit an einem anderen Orte gesehen haben wollen. Meyer selbst bestreitet jede Beteiligung an der Tat. Das Bild des Ermordeten wird jetzt in vielen Kinos gezeigt werden. Man hofft so über den Ermordeten weitere Angaben zu erlangen, vielleicht von Deuten, die ihn zwar nicht dem Namen nach, aber doch vom Ansehen kennen. Alle Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Dr. Koch im Polizeipräsidium entgegen.

Tumultszug bei einem Straßenunfall.

Am Mittwoch abend gegen 8 Uhr wurde auf der Kottbuser Brücke die 45 Jahre alte Witwe Pauline Horstmann aus der Hohentempelstraße 15 infolge einer Unachtsamkeit durch eine Kraftdrosche angefahren und zu Boden geworfen. Sie trug Verletzungen an beiden Füßen und einen Bruch des rechten Schließelbeins davon und wurde nach Auflegung von Verbänden im Krankenhaus Behonien nach ihrer Wohnung gebracht. — Infolge des zornigen Verhaltens der drei Fahrgäste der Drosche kam es zwischen ihnen und dem Publikum zu einer Schlägerei, die zu einer Ansammlung von etwa 2000 Personen führte. Einschreitende Polizeibeamte nahmen die drei Ruhestörer fest und zerstreuten die Menge.

Durch eine Elektrische hypnotisiert.

Als am Mittwoch mittag der 69 Jahre alte Schneider Heinrich Korn aus Belgig vor dem Hause Potsdamer Platz 3 die Straße überqueren wollte, wurde er durch den starken Wogenverkehr derart verwirrt, daß er mitten auf den Schienen stehen blieb. Obgleich er eine „Elektrische“ auf sich zukommen sah, vermochte er nicht sich zu rühren. Da der Wagenführer mit aller Kraft bremste, wurde Korn wenigstens nicht überfahren. Er fiel in die Fangvorrichtung und kam mit Kopfverletzungen und einer leichten Gehirnerschütterung davon. Man schaffte ihn nach der nächsten Rettungsstelle, von wo ihn seine Angehörigen später abholten.

Der geheime Presseberichterstatter.

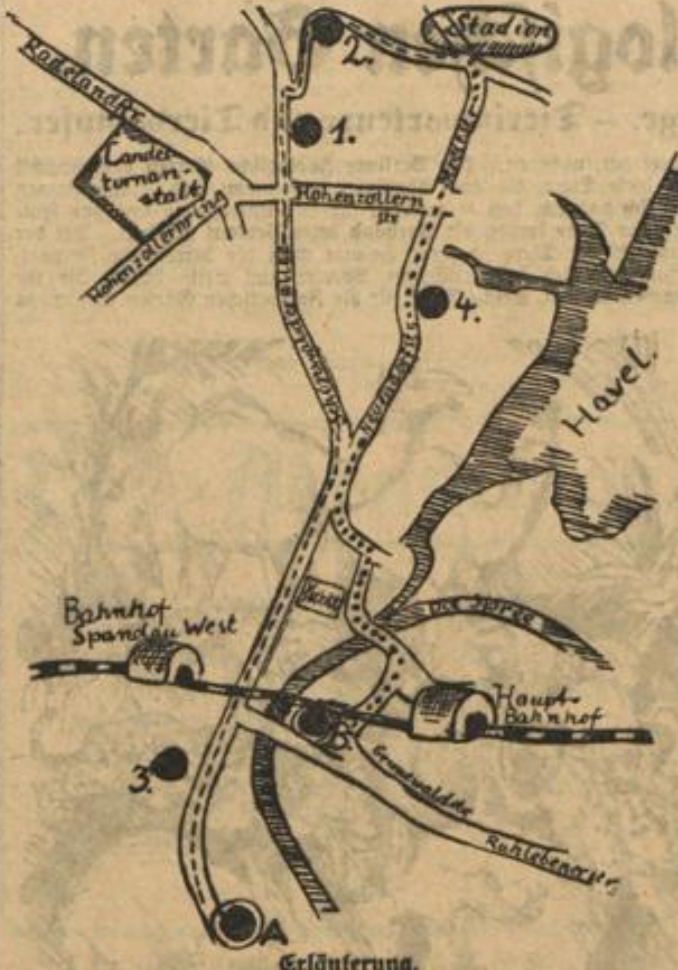
Seit längerer Zeit war es den Justizbehörden in Potsdam aufgefallen, daß aus dem Landgericht Berichtsbüro in die Presse gelangten, trotzdem manchmal die Vertreter der Presse gar nicht mehr am Tische waren. Sehr fuyig wurde man aber besonders bei der Berufungskammer, als nach einem Sittlichkeitsverfahren, bei dem die Öffentlichkeit streng ausgeschlossen war, am anderen Morgen trotzdem die ganze Verhandlung, und zwar merkwürdigerweise von der rechtsstehenden Presse in Potsdam veröffentlicht wurde. Der geheime Berichterstatter ist jetzt endlich in der Person des 20jährigen Justizanwärters Wilschewski ermittelt worden. Nicht genug damit, daß W. heimlich hinter einer Gardine am Eingang die Verhandlungen mit anhörte, so daß die Vorgelegten ihn nicht sahen, verfolgte er sogar seine Berichte auf amtlichem Gerichtspapier. Seine Mitarbeit galt ausschließlich der rechtsstehenden Presse. Die Potsdamer Presseberichterstatter werden jetzt beim Präsidenten vorstellig werden.

Chinesische Arztekommmission in den Weillher Heilstätten.

Die Seeliger Heilstätten sind jetzt in vollem Umfange wieder eröffnet worden. Als Leiter der Anstalt ist Generaloberarzt a. D. Bresner ernannt worden. Fünf weitere Ärzte und ein geschultes Pflegepersonal unterstehen ihm. Am Mittwoch weihte eine chinesische Arztekommmission, bestehend aus 20 Ärzten, in Weill, um die Lungenheilstätten zu besichtigen. Sie heute ist die Anstalt mit annähernd 600 Patienten belegt. Darunter ist nur ein Bruchteil männlicher Kranken zu finden. Es ist vorläufig nur ein sogenannter Versuchspavillon für lungenkranke Männer vorgesehen worden. Bis Ende dieses Monats wird die Anstalt mit annähernd 1000 Patienten belegt werden.

12. Kreis-Turn- und Sportfest in Spandau.

Uebersichtsplan von Spandau.



Erläuterung.

A - Auffstellung zum Festzug A: Radfahrer Wilmersdorfer, Ede Beerbohn; 1. Bezirk Abends; 5. Bezirk Abends; 7. Bezirk (Fußballer) Weidenburger Str. (Südl.); Arbeiterorganisationen (Wähler usw.) Weidenburger Str. (Westl.); Partei und Gewerkschaften Wilmersdorf.
B - Auffstellung zum Festzug B: 2. Bezirk Grünemalder, Ede Grenadierstr.; 3. Bezirk Grünemalder; 4. Bezirk Grotte, Ede Grünemalder. (Nordl.); 6. Bezirk Grotte, Ede Grünemalder. (Südl.).
1 - Empfangsabend Weill, Stadtpark. 2 - Empfangsabend Weill, Concordia. 3 - Empfangsabend Weill, Rathenow. 4 - Empfangsabend Weill, Erbsenfeld.

Willkommen in Spandau!

Die Arbeiterstadt Spandau rüft zum festlichen Empfang der Gäste. Aus allen Teilen der Mark sind die Meldungen zahlreich eingegangen, so daß mit 15000 aktiven Teilnehmern gerechnet wird. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit werden die Turner und Sportler von Zudenwalde, Rathenow, Brandenburg sowie den kleineren Provinzorten in großer Zahl zum Werkfest des Arbeiterports eintreffen. Die Groß-Berliner Vereine werden naturgemäß besonders stark vertreten sein. Die Spandauer Arbeiterstadt hat sich bereitwillig in den Dienst der großen Veranstaltung gestellt und wird am Ordnungsdienst teilnehmen. Auch die Ausschmückung der Straßen wird, so hoffen wir, von der Anteilnahme der Bevölkerung Kunde geben. Wenn die Zehntausende der Aktiven und Festgäste erscheinen, so wird ihnen vor den Spandauern der Ruf entgegenklingen: Seid willkommen und begrüßt zum 12. Kreisturnfest!

Freudlich erregt in Groß-Berlin sich ein Fest nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie in einer Provinzstadt. In einer solchen bedeutet ein Fest von Zehntausend schon eine Umwälzung des ganzen, sonst so gemächlichen Alltagslebens. Da werden oft die Fabriken schon

Bei einer Spiritusexplosion schwer verbrannt. In der Wohnung des Kaufmanns Emil Kohnen, Iffstraße 1 in Reutal, explodierte ein Spiritusofen. Die daneben stehende 60 Jahre alte Mutter des K., die sich allein in der Wohnung befand, konnte sich nicht schnell genug entfernen. Ihre Kleider zündeten Feuer und sie selbst trug schwere Brandwunden am ganzen Körper davon. Man brachte die Verunglückte nach dem Urban-Krankenhaus.

Eine Parteioveranklung! Am gestrigen Tage beging unsere Genossin Frau Julie Brestka, Höfische Str. 1, die Feier ihres 80. Geburtstages. Trotz hohen Alters und mancherlei Gebrechlichkeit stellt sie stets ihre Kraft bei den vielen Kleinarbeiten der Partei zur Verfügung, und noch kein Wahltag ist vorübergegangen, an dem sie nicht von früh bis spät für die Partei tätig war. Möge ihre Parteiloyalität noch recht lange den Jüngeren zum Vorbild dienen.

Nach Kiew vom Erdbeben bedroht.

Die Erdbebengefahr, welche, wie schon gemeldet, die Krim bedroht und die dortigen Sowjetbehörden bereits zu eiligen Maßnahmen zur Festigung der betreffenden Küstenstriche veranlaßt hat, beginnt auch in und bei Kiew ernst zu werden. Wie der Ost-Express mitteilt, haben sich vom Batschberge Erdmassen gelöst und sind auf den Bahndamm gestürzt. Man befürchtet, daß ein großer Teil des Eisenbahneckes bei der Stadt von weiteren Bodenlockerungen zu leiden haben wird.

Die Veruntreuungen beim Reichsvermögensamt Koblenz.

In der Angelegenheit des wegen Veruntreuungen von Geldsummen zum Raubteil des Reiches verhafteten Schälder vom

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 18. Juli.

Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorhänge. Nachm. 12.55 Uhr: Uebersmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
5.30 - 7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Frank: „Mein Frühlingskutsch“. 8.00 Uhr abends: Vortrag des Herrn Professors Dr. Wilhelm, Mitglied der Landesanstalt für Wasserhygiene: „Die Schädlingbekämpfung vom hygienischen Standpunkte“. 9 - 10 Uhr abends: Konzert. 1. a) Wonneglück, Meyer-Helmund. b) Spielmannslied, Eugen Gottlieb (Berta v. Volz). 2. a) Allegretto aus der Suite, Godard. b) Bravour-Polka, Popp (Erwin Höhne, Flöte). 3. a) Die Uhr. b) Reiterlied, Löwe, Opernsänger A. Neumann-Jüttner. 4. Heitere Prosaerzählung (Grote Wiedeck). 5. a) Der Wagen rollt, von Durst. b) Protest, Fuhrmeister (Opernsänger A. Neumann-Jüttner). 6. Mignon-Fantasia, Taffanel (Erwin Höhne, Flöte). 7. a) Gretel, Hans Pätzner. b) Deine Augen leuchten wie die Sonne, Anton Profes (Berta v. Volz). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsangabe, Wetterdienst.

nachmittags geschlossen, damit ein jeder dabei sein kann. Alles, was leicht auf den Beinen ist, strömt hinaus auf die Straßen und den Festplatz. Ein jeder Einwohner drängt sich danach, Turner oder Turnern in Quartier zu haben, und wer es möglich machen kann, läßt es auch an Speise und Trank nicht fehlen. — In Groß-Berlin liegen die Verhältnisse bezüglich der Quartiere infolge der engen Wohnungsverhältnisse weit schwieriger. Aber auch die schärfste Freude am volkstümlichen Fest und die persönliche Anteilnahme an der echten Turnertätigkeit verschwindet in dem großen Häusermeer. In Groß-Berlin mit seinem Hasten und Jagen ziehen im allgemeinen nur die großen Attraktionen; wenn nicht ein Auto oder dergleichen verlost, eine Schönheitskonkurrenz ausgeschrieben, oder eine „Kanone“ erster Klasse auf dem Programm ist, so sagt der Berliner: „Es war nichts los!“

In Spandau ist nun auf derartige Zugmittel nicht zu hoffen. Aber wer keine Freude an den jungen und älteren, weitergebräuteten und kräftigen Gestalten der Schwimmer, Turner und Sportler hat, wer die Leistungen und den Stand der Körperkultur der märkischen Männer, Frauen und Jugendlichen sehen will, der wird auf keine Rechnung kommen. Noch sehen wir das junge Proletariat der Millionenstadt vielfach bleich und kraftlos, ihr Vergnügen im Kino, Tanzsaal und Restaurant suchend, ohne Kampfgestalt für das Wohl des Volksganges. Aber aus dieser indifferenten Masse hebt sich eine neue Generation mit höheren Lebenszielen heraus. Und diese Schöpfer am Bau der sozialistischen besseren Zukunft rufen allen Arbeitern und Arbeiterinnen, besonders aber der Jugend zu: Tretet ein in den Arbeiter-Turn- und Sportbund! Seid willkommen in Spandau!

Festprogramm am Sonnabend nachmittag.

- a) Stadion (Turner und Leichtathleten).
2.30 Uhr: Beginn des Gerätewettrennens (sowie des Fünf- und Dreikampfes).
4.30 Uhr: Beginn der leichtathletischen Einzelkämpfe (Vorkämpfe). Hochsprung (34 Teilnehmer). Speerwerfen (47 Teilnehmer). 100-Meter-Lauf (76 Teilnehmer mit 16 Vorläufen). 100-Meter-Lauf der älteren Turner und Sportler (12 Teilnehmer). Schleuderball (38 Teilnehmer). Weisprung (50 Teilnehmer). 400-Meter-Lauf (27 Teilnehmer). 5x100-Meter-Staffette der Turner und Sportler getrennt. 4x100-Meter-Staffette der alten Herren. Olympische Staffette.
6.00 Uhr: Hockeyspiel Charlottenburg I—Schönholz I.
- b) Landbesturnanstalt (Turnerinnen und Jugendliche).
2.30 Uhr: Beginn des Gerätewettrennens und des Dreikampfes.
4.30 Uhr: Beginn der leichtathletischen Einzelkämpfe (Vorkämpfe). Diskuswerfen (Turnerinnen, 48 Teilnehmerinnen). Hochsprung (Jugend 1906/07, 52 Teilnehmer). 100-Meter-Lauf (Turnerinnen, 109 Teilnehmerinnen). 100-Meter-Lauf (Jugend 1906/07, 80 Teilnehmer). 100-Meter-Lauf (Jugend 1908/09, 54 Teilnehmer). Weisprung (Turnerinnen, 102 Teilnehmerinnen). Hochsprung (Jugend 1908/09, 39 Teilnehmer). 800-Meter-Lauf (Jugend 1906/07, 80 Teilnehmer). Ringelstechen (Turnerinnen, 91 Teilnehmerinnen). 100-Meter-Hürdenlauf (Jugend, 51 Teilnehmer). 5x100-Meter-Staffette (Turnerinnen, 28 Mannschaften). 5x100-Meter-Staffette (Jugendliche, 37 Mannschaften). 5x100-Meter-Staffette (Sportlerinnen, 10 Mannschaften).
- c) Charlottenbrücke (Schwimmer).
6.00 Uhr: Brückenspringen und Rettungsübungen der Arbeiter-Schwimmervereine.
- d) Fußballspiele um 6 Uhr.
1. Spiel: Exerzierplatz: Minerva—Ludenwalde. 2. Spiel: Beirnsplatz Spandau an der Falkenhagener Chaussee: Fichte-Befundbrunn—Wader-Bankwitz. 3. Spiel: Exerzierplatz in der Wäheimstadt: Wilmersdorf—Pankow 08. 4. Spiel: Staaten, Sportplatz am Bahnhof: Bormärts-Hennigsdorf—Fichte-Südost. 5. Spiel: Siemensstadt: Elstal—Bernau.
- e) Empfangsabend um 8 Uhr
in folgenden Lokalen: 1. Restaurant Stadtpark (Erbsenfeld), 1. und 2. Bezirk. 2. Restaurant Karlslust (Ehrlf. 3. und 4. Bezirk. 3. Concordia (Schmidt), 5. und 6. Bezirk. 4. Sechzig Festhölle, 7. Bezirk und Radfahrer. 5. Staaten, bei Albert Wolff.

Auf den Empfangsabenden wird ein vielseitiges, interessantes Programm geboten.

Das Programm für Sonntag, den 20. Juli, wird in der Sonnabend-Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

Reichsvermögensamt in Koblenz hat die Polizei umfangreiche Ermittlungen in der ganzen Umgebung erhoben, die sich auf Beamte, Kaufleute, Bauunternehmer usw. erstrecken. Mehrere Ruffahndige haben sich der Verhaftung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Bisher erfolgten weitere zehn Verhaftungen. Die Veruntreuungen, deren Höhe bis jetzt auf ungefähr eine Million Goldmark geschätzt wird, gehen bis ins Jahr 1920 zurück.

Der unauffindbare Weltflieger. Japanische Torpedobootszerstörer haben auf der Suche nach dem englischen Weltflieger MacLaren noch keine Spur von seinem Flugzeug gefunden. Man hält es jedoch für möglich, daß MacLaren an einer Stelle zwischen den Kurilen-Inseln Petosoff und Varamuschir eine Zwischenlandung vorgenommen hat.

Weltreise im Fischerboot. Drei Rigauer Einwohner haben sich in einem mit Motor und Segel versehenen Fischerboot auf die Reise um die Erde begeben. Der Weg wird durch die Nordsee nach Grönland, dann durch das nördliche Eismeer und das Behringmeer nach Australien und Indien gehen, durch den Suez-Kanal nach Gibraltar und an der westeuropäischen Küste entlang nach Algä zurück.

Höhewelle in Rumänien. Die von Südrußland kommende Höhewelle hat sich jetzt über Rumänien verdrängt. Die Temperatur ist auf 38 bis 40 Grad Reaumur gestiegen. In Bukarest ist das Straßenpflaster bis zu 60 Grad erhitzt. Zahlreiche Sonnenstichfälle sind zu verzeichnen.

Verhaftung einer Alkohol-Schmugglerflotte. In der Nähe von Helsingfors wurde eine Schmugglerflotte, die circa 2 1/2 Millionen Liter alkoholische Getränke zu schmuggeln versuchte, verhaftet.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Donnerstag mittag im Freistaat Sachsen kurz nach 12 Uhr auf dem Wege von der Bastei nach Döberitz. Ein dem Besitzer des Dampfschiffhofs in Dresden-Blasewitz, Kubisch, gehörendes Automobil, das seine erste Fahrt unternahm, rannte, von der Bastei kommend, kurz vor dem Gasthaus Döberitz gegen einen Baum und überschlug sich. Kubisch und seine beiden Schwägerinnen waren sofort tot, während ein Schwager und ein Kind schwer, ein zweiter Schwager und Frau Kubisch leicht verletzt wurden. Der Chauffeur erlitt einen Nervenschlag.

Schadenstat eines Familienalters. In Wilkowitz bei Biely in Polen hat der Anführer Welchs keine Frau, keine Tochter und keinen 22jährigen Sohn mit einem Küchenmesser erstochen und sich dann selbst entleert, indem er eine Glasröhre mit Sprengstoff füllte und diese zur Explosion brachte. Der Mörder ist 63 Jahre alt.

Radfernfahrt Zürich—Berlin: Hufschke voran. Bei der ersten Etappe der Radfernfahrt Zürich—Berlin, die heute hier ihren Anfang nahm und die Augsburg führte, ergab sich folgende Rangordnung: Professionelle: 1. Richard Hufschke 11 Stunden, 47 Min., 10 Sek.; 2. Paul Kof; 3. Remolt; 4. Rantberg; 5. Karl Kof; 6. der Schweizer Max Schuler. Amateure: 1. Köfen 12 Stunden, 2 Minuten; 2. Glay; 3. Hundertmark; 4. Effer; 5. Feißner; 6. Miße.

Wirtschaft

Einnahmen des Reiches im ersten Quartal 1924.

Die Einnahmen des Reiches aus den wichtigsten Steuern, Zöllen und Abgaben gestalteten sich im Juni wie folgt:

a) Fortdauernde Steuern			
	Mai	Juni	April-Juni
(in 1000 Goldmark)			
Lohnabzug	87 890	98 081	236 465
Andere Einkommensteuern	73 482	55 824	201 060
Körperschaftsteuern	22 492	20 890	69 365
Vermögenssteuer	38 618	12 871	74 633
Umsatzsteuer	134 001	134 030	444 241
Kapitalverkehrssteuer	18 181	11 225	40 207
b) Einmalige Steuern			
dabei u. a.			
Arbeitgeberabgabe	701	848	2 676
Landabgabe	4 864	3 907	11 957
Zölle und Verbrauchssteuern			
dabei			
Zölle	22 568	21 066	65 233
Tabaksteuer	35 903	36 068	106 032
Biersteuer	12 826	17 701	41 120
Weinsteuer	6 330	6 198	19 234
Wannsalzmonopol	3 626	1 490	9 087
Zuckersteuer	9 068	8 709	32 251

Die Gesamteinnahmen belaufen sich im Juni auf 472 206 794 Goldmark (im Mai 513,74 Millionen, im ersten Quartal des Rechnungsjahres auf 1 514 810 190,55 Goldmark). Im Entwurf des Reichshaushaltsplanes sind für das ganze Rechnungsjahr 1924 rund 5 243 747 035 Goldmark vorgesehen; für ein Quartal rein rechnerisch also 1 310 937 258,75 Goldmark. Der Ueberschuss beträgt demnach 203 872 931,80 Goldmark. Er resultiert aus den Mehrbeträgen, die u. a. die Einkommensteuer, besonders der Lohnabzug und die Umsatzsteuer erbrachten. Die allgemeine und erhöhte Umsatzsteuer soll für das Vierteljahr rein rechnerisch 360 Millionen ergeben, sie hat aber 444 Millionen erbracht. Das Ergebnis sowohl hinsichtlich der Umsatzsteuer wie auch des Lohnabzugs beweist die Möglichkeit, das Steuerjoch der Leistungsfähigkeit anzupassen und herabzusetzen.

In den Juni-Einnahmen sind u. a. der Lohnabzug, die Arbeitgeberabgabe und die Land- und Biersteuer gegen Mai gestiegen. Weidig gelitten hat die Umsatzsteuer, während Einkommensteuer mit Ausnahme des Lohnabzugs und Vermögenssteuer, wobei wohl schon die Stundungen zum Ausdruck kommen, eine wesentliche Abnahme zeigen.

Deutschlands Bezugs- und Absatzländer.

Das im Verlage von Puttammer u. Rühlbrecht, Berlin, soeben erschienene Jahrbuch der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, enthält gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen eine wesentliche Bereicherung; zum ersten Male seit Kriegsbeginn werden Goldmarkzahlen über den Außenhandel Deutschlands mit den einzelnen Ländern mitgeteilt, und zwar für das erste Vierteljahr 1924. Wenn auch diese Zahlen, wie alle anderen Zahlen über den deutschen Außenhandel, wegen der Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht erschöpfend und zuverlässig sein können, so bieten sie doch wertvolle Anhaltspunkte für die Beurteilung der Bedeutung der einzelnen Länder als Absatz- und Bezugsgebiete für Deutschland.

Die auf die einzelnen Erdteile entfallenden Anteile sind aus nachfolgender Uebersicht ersichtlich, die zu Vergleichszwecken auch noch Angaben über den Vierteljahrsdurchschnitt 1913 enthält:

Einfuhr.			
	Millionen Goldmark	Prozent der Gesamteinfuhr	Prozent der Gesamteinfuhr
	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1913
Europa	1 041,5	52,4	54,8
Amerika	579,2	29,1	27,8
Asien	184,4	9,3	9,8
Afrika	102,9	5,2	4,6
Australien	80,9	4,0	3,0
Gesamt	1 987,9	100,0	100,0

Ausfuhr.			
	Millionen Goldmark	Prozent der Gesamtausfuhr	Prozent der Gesamtausfuhr
	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1913
Europa	981,6	72,6	76,2
Amerika	213,7	15,8	15,5
Asien	128,3	9,8	5,4
Afrika	27,7	2,0	2,1
Australien	4,5	0,3	1,0
Gesamt	1 355,8	100,0	100,0

Beim Vergleich der Zahlen von 1924 mit denen von 1913 ist die allgemeine Preissteigerung in Rücksicht zu ziehen. Der Wert der Einfuhr 1913, für die Ausfuhr 121.

Besonders bemerkenswert sind die obigen Verhältniszahlen, die wenig sich die Beziehungen zu den einzelnen Erdteilen gegenüber 1913 verändert haben; der Anteil Europas am Gesamtverkehr ist um ein Geringes zurückgegangen, der Anteil Amerikas an der Einfuhr und der Anteil Asiens an der Ausfuhr ist um etwas gestiegen. Sonst sind nur ganz unbedeutende Verschiebungen festzustellen. Allerdings ist auch hier wieder eine Einschränkung zu machen: Die Außenhandelszahlen enthalten jetzt auch den Handel mit den zeitweise oder dauernd abgetrennten deutschen Gebieten wie auch mit Lugemburg, das früher dem deutschen Zollgebiet angeschlossen war. Dadurch wird der Anteil Europas am deutschen Außenhandel in der Einfuhr um 9,7 Proz., in der Ausfuhr um 5,0 Proz. erhöht was durch den Rückgang des Handels mit anderen europäischen Staaten mehr als ausgeglichen wird.

Nachstehend werden noch die 20 bedeutendsten Bezugs- und Absatzländer in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit aufgeführt. Soweit möglich, sind Vergleichszahlen aus dem Jahre 1913 beigelegt. Auch hier gelten die weiter oben gemachten Vorbehalte.

Einfuhr.

	Millionen Goldmark	Prozent der Gesamteinfuhr	Prozent der Gesamteinfuhr
	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1913
Ver. Staaten	400,2	20,4	15,9
Großbritannien	170,8	8,6	8,1
Frankreich	86,6	4,3	5,4
Elfaß-Lothringen	87,9	4,4	—
Argentinien	107,8	5,4	4,6
Tschechoslowakei	100,6	5,1	—
Niederlande	88,3	4,4	3,1
Br.-Indien	82,8	4,2	5,0
Polen: Ostpolen	12,4	—	—
Westpolen	22,7	—	—
Ost-Oberöchl.	47,8	—	—
Austral. Bund	76,0	3,8	2,8
Italien	67,8	3,4	3,0
Schweiz	64,8	3,2	2,0
Dänemark	64,2	3,2	1,8
Niederl.-Indien	60,4	3,0	2,1
Brit.-Südafrika	49,8	2,5	0,6
Rußland: Nordrußl.	6,4	—	—
Südrußl.	24,7	—	—
Oesterreich	38,7	—	—
China	28,3	1,4	1,2
Brasilien	26,4	1,3	2,3
Spanien	25,7	1,3	1,8
Belgien	24,6	1,2	3,2

Ausfuhr.

	Millionen Goldmark	Prozent der Gesamtausfuhr	Prozent der Gesamtausfuhr
	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1924	1. Vierteljahr 1913
Niederlande	184,4	13,6	6,9
Großbritannien	118,0	8,6	14,2
Ver. Staaten	95,8	7,1	7,1
Tschechoslowakei	78,7	5,8	—
Oesterreich	77,1	5,7	—
Schweiz	72,7	5,4	5,8
Dänemark	67,1	4,9	2,8
Schweden	58,0	4,3	2,8
Italien	49,1	3,6	3,9
Argentinien	44,4	3,3	2,6
Polen: Ostpolen	26,7	—	—
Westpolen	4,9	—	—
Ost-Oberöchl.	26,7	—	—
Japan	38,6	2,9	1,2
Brit.-Indien	38,8	2,9	1,5
Norwegen	32,4	2,4	1,6
China	30,6	2,3	1,2
Brasilien	21,8	1,6	2,0
Rumänien	21,4	1,6	1,4
Belgien	21,2	1,6	3,5
Spanien	20,4	1,5	1,4
Finnland	19,0	1,4	1,0

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß das Statistische Reichsamt nach 10jähriger Pause auch wieder eine ausführliche Darstellung über den auswärtigen Handel in den Jahren 1920, 1921 und 1922, verglichen mit dem Jahre 1913 nach Ländern und Warengruppen herausbringt. Diese Länderhefte werden durch eine Betrachtung eingeleitet, die den Verkehr des Landes im allgemeinen, auch an Hand der ausländischen Statistik, beleuchtet. Die Veröffentlichungen (in 11 einzelnen Heften) erscheinen ebenfalls im Verlag von Puttammer u. Rühlbrecht, Berlin. Bisher sind erschienen Heft 2: Frankreich, Elfaß-Lothringen, Belgien, Luxemburg, Niederlande; und Heft 6: Oesterreich, die Nachfolgestaaten und die Balkanstaaten. Weitere Hefte sind im Druck.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Männer u. Frauen!

Reichsregierung und bürgerliche Parteien sind daran, der arbeitenden und unbemittelten Bevölkerung Brot und andere wichtige Nahrungsmittel zu verteuern. Diese Liebesgaben für die Großagrarien bringen für Millionen Hand- und Kopf-arbeiter und deren Familien Hunger und größere Not. Die Berliner Sozialdemokratie ruft die arbeitenden Massen zur Gegenwehr auf am

Dienstag, den 22. Juli, abds. 7¹/₂ Uhr

in folgenden Lokalen:

Germaniasäle, Chauffeestr. 110; Saalbau Friedrichshain, am Friedrichshain; Erbe (vormals Rikem), Hafenseide 13.

Vor Tarifherabsetzungen der Reichsbahn? Die Frachtermäßigungen im Bereich des besetzten Gebietes haben dem allgemeinen Wunsch nach Normalisierung der Tarife keineswegs Rechnung getragen, sondern in weiten Kreisen die Befürchtung erweckt, daß die Reichsbahn keine weiteren Konsequenzen aus der Kohlenpreiserhöhung ziehen wolle. Die Ruhrindustrie z. B. verlangt deshalb dringend eine Herabsetzung der Frachttarife für Kohle und Erz auf ein dem Kohlenpreisabbau entsprechendes Maß. Wie wir erfahren, ist das Reichsverkehrsministerium geneigt, zu einer allgemeinen Frachtermäßigung überzugehen. Die Klärung der Frage soll am kommenden Dienstag in einer Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaft erfolgen. Im Laufe der letzten drei Monate hat das Reichsverkehrsministerium eine ganze Reihe Sonderermäßigungen und Kostandsstarke eingeführt, z. B. für die Ruhrkohle, die nach Süddeutschland geht und in Mannheim, Frankfurt a. Main und Alshausen umgeschlagen wird. Dazu kommen Kostandsstarke für den Ransfelder Bergbau und für das Siegerland. Weiter hat Bayern soeben eine Ermäßigung für das Amberger Industriegebiet erhalten, die bis jetzt noch nicht bekanntgegeben wurde. Im Mittelpunkt der Erörter-

ungen wird am Dienstag die Frage der Braunkohlenindustrie stehen. Die Braunkohlenindustrie verlangt bekanntlich angesichts der Marktlage und der Konkurrenz durch Steinkohle besondere Vergünstigungen. Demgegenüber verharret das Reichsverkehrsministerium auf dem Standpunkt, daß diese Wünsche nicht erfüllt werden können, da sich die Braunkohle im Verhältnis zum Heizwert der Steinkohle bezüglich der Fracht immer im Nachteil befindet.

„Deutsche Werke A. G.“ Die bei der „Deutsche Werke A. G.“ zurzeit infolge der allgemeinen Kreditnot und Abschaltung vorgenommene Betriebskonzentration hat, wie wir hören, in manchen Kreisen zu der Auffassung Anlaß gegeben, daß die „Deutsche Werke A. G.“ eine grundsätzliche Umstellung ihres Fabrikationsprogrammes oder auch eine Umänderung ihrer Organisationsüberhaupt plane. Wie uns von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind diese Auffassungen irrig. Die „Deutsche Werke A. G.“ hat nicht mehr und nicht weniger wie die meisten Unternehmungen der deutschen Industrie unter der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage zu leiden. Um dieser hoffentlich vorübergehenden schlechten Konjunktur sich anzupassen, hat sie vorläufig Betriebseinschränkungen und Entlassungen vornehmen müssen. Die Hauptrolle der Geschäftsführung geht dahin, dieser Wirtschaftskrise nach Möglichkeit ohne nachhaltige Schädigung zu begegnen, um bei Wiederbelebung der Wirtschaft zur Fortführung ihrer Produktion im alten Umfang gerüstet zu sein. Die Zwischenzeit wird zur technischen Verbesserung in den einzelnen Betrieben benutzt werden.

Herabsetzung der Bankzinsen. Die Berliner Stempelvereinsung nahm, nachdem sie die Habenzinsen für täglich kündbare Einlagen bereits von 8 auf 6 Proz. reduziert hat, eine weitere Herabsetzung der Zinsen vor. Für Termingeld (14-30tägige Kündigung) werden in Zukunft nur 12 statt 15 Proz. gezahlt. Die Debitzinsen wurden auf 12 Proz. herabgesetzt.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.		Röstkaffee Zentralam.	
Gerstengraupen, lose	16,25—20,00	Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00
Gerstengraupen, lose	13,00—15,00	Röstkaffee, lose	15,50—17,50
Haferfloeken, lose	15,00—17,00	Kakao, fettarm	80,00—95,00
Hafergrütze, lose	17,00—18,00	Kakao, leicht entölt	95,00—110,00
Roggenmehl 97	13,50—15,75	Tee, Souchon, gepackt	320,00—430,00
Weizenmehl	18,25—19,50	Tee, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartweizen	21,50—24,00	Inlandszucker basis mel.	33,00—34,50
70% Weizenmehl	14,00—15,00	Inlandszucker Raffinade	34,75—36,75
Weizen-Auszugmehl	16,00—21,25	Zucker Würfel	39,00—42,00
Speiseerbsen, Viktoria	12,25—15,50	Kunsthonig	23,50—32,00
Speiseerbsen, kleine	8,75—11,75	Zuckersirup hell in Elm.	35,00—43,00
Bohnen, weiße, Perl	20,00—24,00	Speisesirup dunk. in Elm.	25,00—29,00
Langbohnen, handverles.	27,00—30,50	Marmelade Eintr. Erdb.	80,00—95,00
Linse, kleine	20,00—29,50	Marmelade Vierfrucht	35,00—40,00
Linse, mittel	31,00—37,00	Pflaumenmus in Eimern	37,00—40,00
Linse, große	39,00—46,00	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Kartoffelmehl	18,75—20,50	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Makkaroni	36,00—42,00	Bratenschmalz in Tierces	70,00—70,50
Makkaronimehl	33,00—35,00	Bratenschmalz in Kübeln	70,00—71,00
Schnittmehl, lose	13,50—15,25	Purelard in Tierces	68,00—69,00
Bruchreis	14,50—15,50	Purelard in Kisten	69,00—70,00
Rangoon Reis	15,50—17,00	Speisetalg in Packung	49,00—52,00
Tafelreis, glasiert, Patna	23,25—31,00	Speisetalg in Kübeln	48,00—50,00
Tafelreis, Java	30,00—36,00	Margarine, Handelst.	60,00—
Ringäpfel, amerik.	78,00—80,00	desgl. II	54,00—57,00
Getr. Pflaumen 90/100	41,00—43,00	Margarine, Spezialm.	76,00—
Pflaumen, entsteint	50,00—55,00	desgl. II	63,00—65,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—	Margarine III	46,00—50,00
Rosinen in Kisten, Candia	70,00—75,00	Molkenpulver I. Fässern	19,00—200,00
Sultaninen Caraburnu	70,00—85,00	Australian Butter in Fässern	208,00—265,00
Korinthen, choice	65,00—70,00	Corned beef 12 1/2 lb p. k.	32,50—33,00
Mandeln, süße Bari	155,00—180,00	Speck, gesalzen, fett	62,00—72,00
Mandeln, bittere Bari	145,00—152,00	Quadratkäse	15,00—23,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	95,00—105,00
Kümmel, holländischer	63,00—75,00	Beyr. Emmenthaler	160,00—170,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	95,00—100,00	Echter Emmenthaler	170,00—185,00
Weißer Pfeffer	120,00—135,00	Aust. ungezuck. Condens-	
Wohlkaffee Brasil	180,00—215,00	milch 4%/16	19,25—23,00
Rohkaffee Zentralamerika	220,00—255,00	Inländische desgl. 4%/12	16,50—17,50
Rohkaffee Brasil	230,00—280,00	Int. gez. Condensm. 4%/14	20,00—26,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

DIE NEUE
2 1/2 ZIGARETTE

Karmitri
Orient No. 9

FÜR REISE UND WANDERN

SALAMANDER 1913

HERREN- u. DAMEN-SCHUHE u. STIEFEL IN SCHWARZ

Die Marke: **SALAMANDER 1913** gibt wieder jedem die Gelegenheit sich für **12⁵⁰ GM** ein Paar gute Salamander zu erwerben

SEDIENPREIS 12⁵⁰ GM

Der Senkfuß

die Berufskrankheit des Kellners



Der Kellner, dessen Beruf dauerndes Stehen verlangt, ist das häufigste Opfer jener Fußveränderung, welche man je nach dem Stadium: „Fußübermüdung“, „Senkfuß“ oder „Plattfuß“ nennt.

Es bestehen Gelenkschmerzen und Schwellungen im Gewölbe, am Rist und in den Knöcheln, Brennen der Sohlen, Schwielen besonders am dritten Zehballen, auf der Ferse und Großzehe.

Scheinbarer Rheumatismus in den Beinen (nächtliche Wadenkrämpfe) und im Kreuz, Schwellung und Schmerzen in Knie und Hüften, neuralgische Schmerzen (falsche Sehbieg).

Der Gebrauch der pneumatischen Schuheinlage

Pneumette

bringt Erleichterung von all diesen Beschwerden und Schmerzen. Pneumette mit ihrem anatomischen Luftkissen hebt und stützt das Fußgewölbe weich und schmerzlos und ermöglicht so die ungehinderte Fortsetzung der Berufsarbeit.

Wirkung bei schwerem Fußleiden großartig.

Ich verwende Ihre „Pneumette“ seit dem Auftauchen, die Wirkung ist großartig. Ich konnte trotz meines schweren Fußleidens (Plattfuß) stundenlang gehen; nach harmonischem Gebrauch hat sich mein Fuß sofort gedehnt, daß ich sogar ohne Einlagen gehen kann. Natürlich werde ich das nicht auf die Dauer machen. Ich kann allen Fußleidenden Ihre „Pneumette“ nur aufs wärmste empfehlen. W. H. Kellner, München.

Meine Fußentlastung ist merklich zurückgegangen.

Seit 7 Wochen habe ich Ihre „Pneumette“ Fußstützen und kann heute ruhig versichern, daß ich unerwartete Erfolge erzielte. Drückende Schmerzen in den Füßen, wie ich dies beim Gebrauch anderer sogenannter Plattfüßeinlagen hatte, sind bei Ihrer „Pneumette“ vollkommen ausgeblieben, und man erzielt durch deren Tragen ein ruhiges, vor allem aber schmerzloses Gehen. Meine Mittelfußentlastung an der eigentlich in unserem

Verufe jedermann leidet, ist merklich zurückgegangen. Ich selbst werde nicht verfehlen, Ihr Fabrikat bei jeder Gelegenheit zu empfehlen und bin bereits heute in der Lage, für meine Kollegen folgende Bestätigung zu machen: **Aug. R., Oberkelln., Konstanz** Schmerzen im Kniegelenk und in der Hüftengegend wie verschwunden.

Kann Ihnen nur das Beste über die Fußstützen „Pneumette“ mitteilen. Ich bin Kellner und trug bisher nur immer Stahleinlagen, aber der harte Druck derselben war nicht nur im höchsten Teil der Fußhöhlung, wo bereits eine große Hühneraugen-Hornhaut entstand, sondern auch sehr groß waren die Schmerzen im Kniegelenk und außerdem auch in der Hüftengegend, die aber durch die Anwendung der Pneumette wie verschwunden sind. Vor allen Dingen mühte die Pneumette bei jeder Krankenliste, speziell aber von meinem Fach in Anwendung gebracht werden, um spätere Fußkrankheiten unmöglich zu machen. Rudolf F. Kellner, Berlin.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unverwundlich, auch beim stärksten Gebrauch. Wir geben Ihnen ein Paar Pneumette kostenlos 8 Tage zur Probe.

Überzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht dies Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgenstationen, Leipziger Str. 64 (9-2 u. 4-7) und Friedrichstraße 179 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
 Leipziger Straße 64 Neukölln, Bergstr. 7/8
 Tauentzienstr. 20 Friedenau, Rheinstr. 14
 Friedrichstr. 179 Oranienstr. 34
 Königstr. 34 Oranienstr. 47a
 Moabit, Turmstr. 50 Müllerstr. 3a
 Leipzig: Kaufhaus Ury Gebrüder, A.-G. — Dresden: Residenz-Kaufhaus. — Erfurt: Kaufhaus Römischer Kaiser G.m.b.H. — Mannheim: Hill & Müller, N 3, 11/12. — Stuttgart: Wilhelm Spring, Innere Büchsenstraße 23.

Nicht

1 Paket Seifenpulver sondern 1 Paket Dixin

müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit einwirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Walchwirkung und für jeden Walchzweck geeignet



Anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginnes

geben wir von dem seit Jahrzehnten vollkommen vergriffenen Werke

Krieg dem Kriege

von Hermann K. Neumann (1808-1875)

eine Neuauflage heraus. Ueberwältigend reich an tiefster Gedankenfülle, hinreißend in der Schönheit der Sprache ist das grandiose Epos die gewaltige Mahnung eines großen deutschen Dichters und Denkers an alle Völker der Erde und ihre Führer

dauernden Frieden

zu schließen und zu bewahren. Daß diese Mahnung gerade in diesen Tagen die ganze Welt durchdringt, muß der Wunsch jedes Friedensfreundes sein.

Das Buch ist gegen Einsendung von 1 R.-Mark und 10 Pfennig Porto direkt von uns zu beziehen.

Deutscher Kunst- u. Literaturverlag G. m. b. H.
 Breslau 8, Feldstraße 58

Auf Teilzahlung

1/3 Anzahlung Rest in sechs Monatsraten zu Ladenpreisen kaufen Sie elegante gutliegende

Herrengarderoben
 Anzüge f. Straße u. Sport (einf. mit 2 Hosent., Cutanose u. Smoking, Covercoat u. Marenge-Valetots, Imprégn. Cabardine- und Bogener Bodenmäntel bei **Albert Schenk** Adenauer Straße 127 Hof rechts, kein Laden. Berlinstraße b. guten „Knochen“-Gummimäntel und Windjacken Das gefaltete Gegenband wird sofort bei Erlegung der Anzahlung mitgegeben. Geschäftsz. 9-7 Uhr.

Quinn's
 Bildel, Witter, effen, Blüten ver-schwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medialinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zucker-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 7 1/2 Uhr: O. Kreuzschreiber Seite 224 / Red. Blätter im Postamt / Emil Lind Julius Jahn / Otto Sacher-Garth

Deutsch. Theater Sommerspielzeit Sonntag: 8 Uhr und Montag: 8 Uhr Tägliche 8 Uhr: Max Faber u. Max Lande in

Clubleute Kammerstücke Sommerspielzeit Sonntag: 8 Uhr und Montag: 8 Uhr Tägliche 8 Uhr: Georg Alexander in Kümmerblättchen

Th. Admiralspolast 7 1/2, 8 Uhr: Der Erbh. 2. Jahr 11 Monate zusammen auf dem Spielplan ist die große Revue **Drunter und drüber**

Intimes Th. 8 Uhr Besuch im Bett etc. Ab 22.7. Gastspiel!

Metropol-Th. 8 U. D. Weltschlager **Mascottechen**

Tribüne 8 Uhr: Doktor Steglitz F. Lobe / P. Morgan

Trianon-Theater Tägliche 8 Uhr: **Anatol** Lustsp. v. Schnitzler Gutscheln bis 22. Juli 1-4 Personen 50% Ermäßigung

Residenz-Th. u. Lag. Affe, Belierte Tägliche 8 Uhr: **Hinkemann** Gutscheln bis 22. Juli 1-4 Personen 50% Ermäßigung

Reichsbühnen-Theater Tägliche 8 Uhr: **Dresdener Viktoria-Sänger**

Dönhoff-Brettel Ant. 7 1/2, Sonntag 5 U. Gr. Variété-Prögr

Staats-Theater Opernhaus am Königsplatz Tägliche 7 1/2 Uhr: **Polenblut**

Rose-Theater 8: Die blonden Mädchen vom Lindenhof Gartenbühne 7 1/2 Durch Dick u. Dünn

Komische Oper 8 Uhr Letzter Monat! 8 Uhr **Die tanzende Prinzessin** von Walter Kollo **Parkett 1.50-5.00 Mark**

Große Volksoper im Theater des Westens 7 1/2 Uhr: **Die verkaufte Braut** (Sommerpreise)

!! FREITAG !!
Der Lunapark ein Flammenmeer
 Beng. Illumination des Parks und der Seeufer 9 1/2 Uhr **Lebende Skulpturen** über dem Holensee

Yergal-ULAP am Lehrerbahnhof
 Freitag, Sonnabend, Sonntag: **3 Volkstage**
 Eintritt 50 Pfg.
 Gr. Konzert der Universitätskapelle Leitung: Kapellm. Winzig Jun Feuerwerk / Voller Betrieb mit ständl. Sensationen u. Attraktionen

Blumen für Opfertage 1000: 5, 8, 10, 15 M. Blumen-Fabrik Hesse, Dresden

Soeben erschienen:

DIE GEMEINDE
 HALBMONATSSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE ARBEIT IN STADT UND LAND
 Heft 2

Aus dem Inhalt:
 Gemeinde und Radio • Dr. Bruno Borchardt
 Das Problem der Kleinrentnerfürsorge • Dr. Helmerich
 Sachverständigen Gutachten und Gemeindefinanzen • Ernst Reuter
 Arbeiterwohlfahrt • Verwaltung • Gesetzgebung • Sonderanhang: Jugendwohlfahrt
 Preis des Heftes 80 Pf.

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf.
 Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Am 24.: Schluß unseres Saison-Ausverkaufs

Einige Beispiele:
 Weiden-Sessel mit Wulst u. Rosetten 6⁵⁰ Sessel in Peddig-Rohr von 10⁰⁰ an
 schwerere Ausführungen 8⁰⁰ 10⁰⁰ 15⁰⁰ Peddig-Sessel in Luxus-Ausführung 25⁰⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰
Tische in Weide und Peddig-Rohr und vollständig gepolsterte Garniture / Waschkörbe / Handkörbe konkurrenzlos billig

Trotz unserer niedrigen Preise liefern wir gegen bequemste Teilzahlung

Willi Schwarz,

Berliner Korb- u. Möbel-Spezialhaus
 Berlin N 58, Schliemannstraße 6
 3 Minuten vom Ringbahnhof Prenzlauer und Schönhauser Allee, 2 Minuten von der Hochbahnstation Danziger Straße. — Straßenbahnlinien 4, 9, 47, 41 E, 147, 49, 53, 57. — Geschäftsz. von 9 bis 7 Uhr.

Der Bergetat im Landtag.

Das Haus setzte nach der Besprechung der Hauszinssteuer, über die wir im Abendblatt berichteten, die Beratung des Berggesetzes fort.

Abg. Straube (Dnat.) empfiehlt besondere Maßnahmen zur besseren Verhütung von Unfällen im Bergwerksbetrieb und fordert weiter, daß dem verheerenden Wirtschaftskampf in den Bergbetrieben ein Ende gemacht werde. Freiwillige Verständigung an Stelle von Streiks! Dazu bedürfte es aber des guten Willens auf beiden Seiten. Wo der nicht vorhanden ist, müsse Zwang gebraucht werden.

Abg. Dr. Pinnerell (D. Vp.): Man hat mir in der Aussprache mangelnde Zuständigkeit und mangelndes Sachverständnis vorgehalten. Mit Unrecht; meine Behauptung, daß an den unbefriedigenden Zuständen im Bergbau technische Rückständigkeit nicht die Schuld trägt, wird durch das Ergebnis einer Rundfrage bestätigt, die im wesentlichen Bergbetriebe vorgenommen ist und zeigt, daß auch der so schwer betroffene Ruhrbergbau hinsichtlich des modernen technischen Ausbaues der Werke und Betriebe ganz respektable Leistungen aufzuweisen hat. Wenn man das Berggesetz dahin ändern will, daß Bergwerkeigentumsverleihungen, die zehn Jahre lang unausgenutzt bleiben, zurückzunehmen sind, so haben wir gegen eine grundsätzliche Erörterung dieser Frage nichts, wohl aber haben wir Bedenken gegen eine Lösung derselben auf dem Wege der Gesetzesänderung. Die Ruhrindustrie hat schon vorher die schwersten Lasten zu tragen erköhnt; die Ricum-Verträge haben die Last zur Unrechttraglichkeit gesteigert; wird die Ricum-Aera nicht sehr bald von der Gutachtenära abgelöst, so ist die Ruhrindustrie verloren. Die Durchführung des Gutachtens hätte keinen Zweck, wenn irgendwie über die darin gebotenen Kontrollen hinausgegangen würde. Die Franzosen werden ja selbst wenn wir bis zum Weißbluten „erfüllen“, nicht aus dem Ruhrgebiet hinausgehen, weil sie die größte Waffenschmiede der Welt in der Hand haben wollen — das hat mit den Ricum-Verträgen gar nichts zu tun. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Rogg (Komm.): Mit dem Gutachten wird der deutschen Arbeitererschaft geradezu die dauernde Verknüpfung ausgedrungen. Die Lohn- und Existenzkämpfe des Bergwerksproletariats müssen und werden durchgeführt werden. Ohne diesen Kampf ist dem Grubenkapital auch nicht eine Ahnung von der Größe der Opfer beizubringen, die der Bergmann unter Tage Tag für Tag, Jahr für Jahr an Kräften und Gesundheit aufwenden muß, um nur das nackte Leben zu gewinnen. — Der Redner polemisiert dann in bestigter Weise gegen die Sozialdemokraten. In Ruhestand gebe es freilich noch Sozialdemokraten, die seien aber von der Art des menschenwidrigen russischen Geistes, das sich in Berlin herumtreibe und hier herumjähre. (Große Unruhe links.)

Mit einer kurzen Bemerkung des Abg. Freiherrn v. Wangenheim (D. Hann.) schließt die allgemeine Aussprache. Der Haushalt, soweit er nicht in einzelnen Titeln angefochten ist, wird in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Der Betriebsbericht der Bergverwaltung für 1922 wird für erledigt erklärt. Die Anträge des Hauptauschusses zur Rolle im Mansfelder Kupferschieferbergbau, die Anträge des Beamtensprechenausschusses über die Besoldungsordnung für Bergverwalter ufm. sowie die sämtlichen übrigen Anträge und Entschließungen gelangen im wesentlichen zur Annahme. Für die kommunizistischen Anträge stimmen nur die Antragsteller. Angenommen wird der Antrag der Sozialdemokraten, das Staatsministerium zu ersuchen, den durch die Krise im Kali-, Braunkohlen- und Kupferschieferbergbau arbeitslos gemachten Bergarbeitern seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Einkünfte des Magistrats von Goslar von Verlegung der Bergakademie von Klausel nach Goslar überweist und das Haus dem Staatsministerium als Material.

Damit ist der Bergwerkhauhalt für 1924 in zweiter Lesung erledigt.

Die Novelle zum Stempelsteuergesetz, durch die einzelne Sätze erhöht werden, wird der Ausschussberatung überwiesen.

Das Haus geht über zu dem Bericht des Ausschusses über die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über die Dampfesselauflösung. Ohne Aussprache wird der Ausschussantrag angenommen, daß, unter Wahrung der Selbstständigkeit der Dampfesselüberwachungsvereine, die als Gemeindefacharbeit geeigneten Aufgaben zunächst bei den größeren Vereinen durchgeführt werden; die Betriebskontrolleure sollen von den Vorständen der Dampfesselüberwachungsvereine angestellt werden.

Annahme findet ferner der Ausschussantrag, das Staatsministerium zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, daß bei Ausbringung der Reparationslieferungen neben den größeren Werken auch das Handwerk und die kleine und mittlere Industrie in einem ihrer wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bedeutung entsprechenden Umfang herangezogen wird.

Mit einer aus der Rechten und dem Zentrum bestehenden knappen Mehrheit findet dazu Annahme der deutschnationalen Antrag zum Dawes-Gutachten, alles zu tun, daß die preussischen Belange, wie sie im Staatsvertrage mit der Reichsbahn niedergelegt sind, insbesondere aber die Interessen der Beamten, Angestellten und Arbeiter gewahrt werden.

Abg. Dahlem (Komm.) bezieht sich hierbei die Annahme des Dawes-Gutachtens als einen Verrat der Interessen des deutschen Volkes, der keine Befreiung allen Befangenen, keine Aufhebung der Besetzung und der Ricum-Verträge, sondern nur neue Sanktionen bringen werde.

Nach Erledigung von Eingaben verlegt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr: Verabschiedung einer Reihe kleinerer Gesetze und kleiner Haushalte.

Schluß 5 Uhr 15 Minuten.

Volkspartei und Hauszinssteuer.

Zur Hauszinssteuer ist von der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag der folgende Antrag eingegangen, der namentlich wie die anderen zu dem Gegenstand gestellten Anträge den Hauptauschuss beschäftigen wird. Der Antrag lautet:

„Durch die dritte Steuernotverordnung des Reiches ist den Ländern für die ihnen nun übertragenen Aufgaben als einzige bewegliche Steuerquelle die Hauszinssteuer überwiesen worden. Bei

den großen Schwierigkeiten, die sich der Beitreibung dieser Steuer durch die Hausbesitzer insbesondere aus sozialen Gründen entgegenstellen, wolle das Staatsministerium dahin wirken, daß den Ländern vom Reich ausreichende andere bewegliche Steuerquellen überwiesen werden.“

Frau Wolfstein protestiert abermals.

Die kommunizistische Abgeordnete des Preussischen Landtags, Frau Kosi Wolfstein, hat an den Landtagspräsidenten Veinert ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen ihren Ausschluß auf acht Sitzungstage protestiert und erklärt, sie werde die Freifahrtkarte dem Landtag nicht zurückgeben, sondern bei dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstags, dem kommunizistischen Abgeordneten Kah; hinterlegen. Die Beschlüsse des Landtags vom 3. Juli 1923, auf die sich die gegen sie getroffenen Maßnahmen stützen, seien verfassungswidrig. Das Parlament könne in eigener Sache nicht Richter sein und deshalb müsse ein Gerichtsurteil den verfassungsmäßigen Anspruch auf die freie Eisenbahnfahrt feststellen.

Was der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Reichstags mit der ganzen Angelegenheit zu tun hat, ist uns schleierhaft.

Preussisches Porzellan.

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses für die Staatliche Porzellanmanufaktur führte

Handelsminister Stering u. a. aus: Er habe als Minister dem Gedanken der Koalition manches Opfer bringen müssen. Es seien ihm z. B. viel Schwierigkeiten gemacht worden, als es sich um die Umstellung der Bergwerksbetriebe handelte. Es sind alle Mittel und Wege versucht worden, um diese Maßnahme zu hinterziehen. So hätte eine ganze Reihe von Dingen vorgelegen, die ihn veranlaßt hätten, zunächst die Angelegenheit der Umstellung der Porzellanmanufaktur allein zu behandeln. Auch Staatssekretär Ham hat dem Minister gegenüber das allerbeste Zeugnis über Dr. Schneider ausgesprochen. Einmal habe er besondere Interesse für die Dinge gehabt, dann aber könnten auch Personalien manchmal unmöglich in größerem Kreise behandelt werden. Der Finanzminister habe die Sache auch als freigelegtes behandelt. An sich hätte er sich jederzeit für berechtigt, Angelegenheiten allein zu behandeln. Mit dem Finanzminister habe er Ende Januar oder Anfang Februar verhandelt. Der Minister verleihe dem mehrere Auskünfte von Fachleuten der keramischen Industrie, die äußerst günstig klingen, insbesondere auch ihm die Fähigkeit zuzusprechen, einen größeren Betrieb nach modernen Gesichtspunkten erfolgreich zu leiten. Bestätigt werde das alles durch das vorzügliche Zeugnis der Firma Rosenhals in Sell i. Bayern, der Dr. Schneider vom 1. Februar 1920 bis 30. Juni 1923 in leitender Stellung angehört hat. Diese Zeugnisse erschienen dem Minister ausreichend. Dr. Schneider wolle zunächst einen zehnjährigen Vertrag haben, begünstigte sich aber mit einem befristeten Vertrag. Die geforderten Bezüge entsprachen den Verhältnissen. Es ist richtig, daß ich bei Abschluß dieses Vertrages einen Juristen nicht hinzugezogen habe. Der Minister verleihe dann einen Antwortbrief an den Finanzminister betr. Umwandlung des Betriebes der staatlichen Porzellanmanufaktur, um sie ertragsfähig zu gestalten. In dem Brief werden die guten Auskünfte über Dr. Schneider erwähnt und der Vertragsabluß mit diesem mitgeteilt. Mit der Umstellung sei es noch nicht so weit, dazu werde erst später Stellung genommen werden.

Auf Anregung des Vorsitzenden verliest der Minister auch seinen vorhergehenden Brief vom 26. April 1923 an den Finanzminister, auf den letzterer dann geantwortet hat. Der Brief hatte als Anlage den Vertragsentwurf mit Dr. Schneider.

Sodann verliest der Minister die Antwort des Finanzministers Dr. v. Richter vom 30. April, in dem u. a. gesagt wird, daß er offizielle Erörterung der ganzen Umstellungsfrage durch beiderseitige Kommissare für erforderlich halte. Minister Stering fährt fort, daß er sich trotzdem damals zum Abschluß des Vertrages mit Dr. Schneider, der darauf drängte, für bereit gehalten und ihn auch abgeschlossen habe. Den ihm dann gemachten Vorwurf, er habe stattdessen gehandelt, habe er zunächst nicht für zutreffend gehalten, als er aber keine Richtigkeit eingesehen habe, habe er alles getan, um den Vertrag nicht wirksam werden zu lassen. Dabei sei ihm Dr. Schneider sehr entgegengekommen. Andererseits wurde ihm eine feste haushaltsplanmäßige Stelle nach dreimonatiger Tätigkeit in Aussicht gestellt. Der Vertrag ist tatsächlich nie in Kraft getreten, und die Angelegenheit ist wohl durch eine Abfindung erledigt. Der Vertrag, der gar nicht in Wirksamkeit getreten war, wurde rechtswirksam gekündigt. In einer gemeinsamen Besprechung mit dem Finanzminister und seinen Kommissaren habe er versucht, Herrn Dr. Schneider zu halten, um einen abermaligen schädlichen Wechsel in der Leitung der Porzellanmanufaktur zu verhindern. Da er dort keine Gegenliebe fand, so habe er die Konsequenzen gezogen.

Der Vorsitzende verliest dann einen Brief des Finanzministers, in dem die einstweilige Anstellung Dr. Schneiders als unzulässig auseinandergesetzt wird. Der Vorsitzende stellt fest, daß Dr. Schneider ein Anfangsgehalt von 500 000 M. für den Januar 1923 bewilligt wurde, das sich mit den Gehaltssteigerungen eines Ministerialdirektors mit drei Kindern entsprechend erhöhen sollte. Ferner wurde freie Dienstwohnung mit Heizung und Beleuchtung, Erstattung der Anzugskosten und eine Liniene von 5 Proz. von dem zukünftigen Mehrertrag der Porzellanmanufaktur vorgezogen.

Abg. Kimmel (Dnat.) fragt den Minister, ob ihm nicht aufgefallen sei, daß in keinem der Empfehlungsschreiben etwas Positives über die berufliche Eignung Dr. Schneiders gesagt worden sei.

Handelsminister Stering: Aus meiner Anfrage müßten die Herren entnehmen, daß es sich um die Leitung der Staatlichen Porzellanmanufaktur handelte.

Auf die Frage des Abg. Heilmann (Soz.), ob dem Minister bekannt sei, daß Bestellungen vorhanden gewesen seien, die Staatliche Porzellanmanufaktur zur Privatindustrie hinüberzuleiten, erwidert der Minister, derartigen Absichten und Bestellungen — die seiner Meinung nach nicht besonders ernsthaft gewesen seien — sei er von vornherein nachdrücklich entgegengetreten.

Abg. Buchhorn (Dem.) fragt, ob Ministerialrat Gohlke, bevor die Berufung Dr. Schneiders aktuell wurde, als Leiter der Staatlichen Porzellanmanufaktur überhaupt gefragt wurde.

Minister Stering: Das ist nicht der Fall. Herr Gohlke hatte ja erklärt, daß Staatsbetriebe nicht nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden können.

Abg. v. Cyprien (D. Vp.) wünscht Rennung der Herren der Privatindustrie, die sich über die künstlerische und technische Leitung der Porzellanmanufaktur anerkennend geäußert haben.

Minister Stering: Es hat sich nur um einen Herrn gehandelt, der mich aber gebeten hat, ihn nicht in die Sache hineinzubringen.

Abg. Kiedel (Dem.) fragt, ob der Minister sich erinnere, daß er im interfraktionellen Ausschuss befunden habe, ihm sei erst nach Stellung des deutschnationalen Antrags zum Bewußtsein gekommen, daß die Anstellung Dr. Schneiders stattdeswegen war. Aus dem Allen sei dem Minister in jener Sitzung nachgewiesen worden, daß das Finanzministerium ihn schon viel früher darauf hingewiesen habe.

Der Minister befreit dies, solange ihm nicht das Gegenteil aftermächtig nachgewiesen werde.

Abg. Rogg (Dnat.) fragt, ob der Minister sich erinnern könne, daß schon die erste Gehaltszahlung an Dr. Schneider ihm große Schwierigkeiten gemacht habe.

Der Minister bestätigt dies, wacher sei die Sache aber glatt verlaufen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung führt der Minister aus, daß die Tatsache, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur in einer Zeit der Hochkonjunktur der keramischen Industrie nicht ohne Kredite auskommen konnte, offenbar auf den über großen Beamtenapparat zurückzuführen sei. Sein persönliches Urteil über die Fähigkeiten, die kaufmännische Geschicklichkeit und organisatorische Fähigkeit des Ministerialrats Gohlke sei aus den Tatsachen herausgewachsen. Die ganze Erstellung des Herrn Gohlke habe er ja gekannt. Noch am 10. Februar 1923, zur Zeit der Höchstkonjunktur, habe Herr Gohlke geäußert, der Umfah könne nicht gesteigert werden. Auf vier Arbeiter und Angestellte sei ein Beamter gekommen.

Damit ist die Bernehmung des Ministers abgeschlossen.

Die Beratung wird auf Freitag 4 Uhr vertagt. In dieser Sitzung soll die Bernehmung des Finanzministers erfolgen, falls die erforderliche Genehmigung des Staatsministeriums gegeben wird. — Auf Vorschlag des Abg. Heilmann (Soz.) soll Prof. Veinert von der Handelshochschule Berlin zwecks Erstattung eines Gutachtens über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Staatlichen Porzellanmanufaktur in den Jahren 1920 bis 1924 und über etwaige Vnderungsmöglichkeiten Dr. Schneiders hinzugezogen werden. Die nächste Sitzung vor Wiederzusammentritt des Landtagsplenums wird auf Montag, 8. September, festgelegt. Schluß nach 9 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 7, 2. Hof links, 2. Tr. rechts, zu richten.

Waltung, Verlosungsstände: Die Konten für die am Dienstag den 22. Juli, stattfindenden Verlosungsleistungen sind fertig und können ab heute, Freitag, von den Kassieren im Sekretariat, Lindenstr. 7, abgeholt und zwecks Verteilung den Abteilungsmitgliedern zugeordnet werden. Kein Anreiz darf fehlen!

- 4. Kreis Verlosungsabend, Montag, den 21. Juli, morgens 9 1/2 Uhr, Ausflug der Kassieren der 4. Wkt. nach Schmitz. Treffpunkt: Bahnhof Gendarmenbrücke, Millionenstraße.
- 6. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 18. Juli, Reaktion der Verlosung durch die Blüte der Abteilungsleistungen, 9 Uhr, bei Hecker, Diefenbacherstr. 7.
- 11. Kreis Köpenick, Jungesellenfest, Jugendheim, Freitag, den 18. Juli, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Mühlentische, Mühl- und Lieberberg.
- 12. Kreis Steglitz, Freitag, den 18. Juli, 8 Uhr, im Albrechtshof Kreisabteilungsverlosung.
- 13. Kreis Tempelhof, Freitag, den 18. Juli, 7 Uhr, bei Hecker, Lieberbergstraße, 13, Sitzung mit den beiden Vorsitzenden jeder Abteilung über einen Bericht. Jede Abteilung muß vertreten sein.
- 16. Kreis Köpenick, Sonntag, den 20. Juli, nachm. 2 Uhr, treffen sich die Kassieren zum Familienausflug auf dem Seeplatz am Mühlentisch.

Heute, Freitag, den 18. Juli:

- 13. Wkt. Handzettel von Expedition Joseph, Wilhelmshagenener Str., Sonnabend abend 6 Uhr abholen.
- 26. Wkt. 8 Uhr im „Kulturischen Hause“, Sokolstr. 7, wichtige Funktionärskonferenz mit den Bezirksverwaltungsleitern und Ortsabteilern.
- 31. Wkt. Krenzlin, 7 1/2 Uhr bei Albrecht, Rastplatzstr. 12, Vorhandlung.

Morgen, Sonnabend, den 19. Juli:

- 21. Wkt. 8 Uhr bei Goldschmidt, Stefaniestr. 36, Funktionärskonferenz mit den Betriebsverwaltungsleitern. Unbedingtes Erscheinen notwendig.
- 31. Wkt. Liebenow, Sommerfest in Döhlen, Restaurant Waldfrieden, Seife im Wädel, Poststraße, Restauration, Tanz, Beginn nachmittags 3 Uhr. Eintrittskarten a 2 M. (Kinder frei) erhältlich bei den Funktionären und am Eingang. Bei schlechtem Wetter im Saal.

Heberrmorgen, Sonntag, den 20. Juli:

- 14. Wkt. Soem, 7 1/2 Uhr Ausflug mit Musik nach Bickenerberg. Treffpunkt: Bahnhof Gendarmenbrücke, Eingang Millionenstraße. Güte willkommen.
- 15. Wkt. Verlosungsabend, Ausflug nach Roulber-Süd (Samsdorf), Treffpunkt nachmittags 9 Uhr an der Friedrichselder Allee.
- 29. Wkt. Kreis, Familienausflug nach Sudow, Abmarsch mit Musik und Tischen von Hecker, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Sudow im Restaurant Röscher gemütliches Beisammensein mit den Kassieren. Alle Kassieren von Kreis werden gebeten, sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich einzufinden. Roulberer Kassieren ebenfalls herzlich willkommen.
- 44. Wkt. Zu der am Mittwoch, den 24. Juli, im Reichsbannerhof, Liebenberger Str. 147, stattfindenden Mitgliederverlosung laden die Bezirksleiter durch Handzettel ein. Logisordnung: „Der geplante Dreiwädel.“

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Gesatte Paul Banisch, Moreschstr. 4, ist an den Folgen eines Anfallschlags plötzlich verstorben. Einäscherung am Sonnabend, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumhaldenweg.

Jugendveranstaltungen.

Heute Freitag, den 18. Juli, abend 7 1/2 Uhr:

- Waldenstraße: Sodenstraße, Borwardstr. 64, Diskussion: „Rache und Väterlichkeit.“
- Krenzlin II: Rosaltr. 10, Vortrag: „Arbeitsdienpflicht.“
- Lieberberg: Wendenburger Str. 99, Vortrag: „SGB und sexuelle Hygiene.“
- Kreuzberg I: Gendarmenstr. 2, Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung.“
- Kreuzberg II: Diefenbacher Str. 23, Vortrag: „Wohlfahrt.“
- Schöneberg: Frontenstr. 10, Vortrag: „Gedanken.“
- Steglitz II: Heilmannstr. 8, Vortrag: „Rasch und Reich.“
- Ödenstr. 1, Vortrag: „Ein Ausflug ins Weltall.“
- Reichling: Schindlerstr. 1, Vortrag: „Militarismus und allgemeine Arbeitspflicht.“
- Ödenstr. 1, Vortrag: „Entstehung der Erde.“

Weiter über Berlin und Umgebung: Meist bewölkt, später ergiebige Regenfälle und Abkühlung. Zunächst zunehmende neblige, dann nebelartige und nur langsam nachlassende Wädel. — Für Deutschland: Ostwärts ausdehnende, im Norden ergiebige Regenfälle, Wind hat aufstrebend

MASSARY

ROAL

5x

EINE ZIGARETTE VON RANG



